

BOLSCHEWIK

Internationale Bolschewistische Tendenz (Gruppe Spartakus)

Nummer 19

Januar 2003

1 Euro

Verteidigt den Irak!



Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Nieder mit Bushs Terrorkrieg! Verteidigt den Irak!

George W. Bushs Erklärung vor der UN-Hauptversammlung vom 12. September 2002, dass die USA "keinen Groll gegen das irakische Volk hegen" war ein Signal, dass die weltstärkste Armee bald eine Mission durchführen will, die tausende, vielleicht zehntausende irakische Zivilisten das Leben kosten wird. Amerikanische und britische Kampfjets bombardieren irakische Einrichtungen seit über einem Jahrzehnt, während ein US-initiiertes Embargo Dialyse-Maschinen, Inkubatoren, Wassergewinnungsanlagen sowie Nahrungsmittel und Medizin blockiert. Die Sanktionen haben schätzungsweise anderthalb Millionen Iraker getötet aber Saddam Hussein nicht entmachtet, so dass Washington sich nun für einen "Regime-Wechsel" durch militärische Eroberung entschieden hat.

Saddam Hussein ist ein blutgetränkter Diktator, der tausende Iraker massakriert und gnadenlos jegliche politische Opposition zerschlagen hat. In anderen Worten: Er ist ein typischer US-Alliiertes der Dritten Welt. Amerika hat lange feudalistische Monarchien in Saudi Arabien, Marokko, Kuwait, Katar, Bahrain, Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt, ebenso wie Militärdiktaturen in Ägypten und Algerien. Der plötzliche Enthusiasmus, den Irak zu 'befreien' und der unwissenden Bevölkerung 'Demokratie' zu bringen, ist offensichtlich eine zynische Public Relations-Übung.

Ursprünglich sollte der Irak angegriffen werden, weil vermutlich Saddams Geheimdienstler ein paar Monate zuvor Mohamed Atta (den angeblichen Anführer der schrecklichen Anschläge vom 11. September) getroffen hatten. Als diese Geschichte unglaublich wurde, begann das Weiße Haus, vor möglichen Gefahren durch chemische, biologische und nukleare Waffen zu warnen.

Aber Scott Ritter, der ehemalige US-Marine, der die UN-Waffeninspektionen im Irak bis 1998 leitete, hält weder den Besitz, noch die Möglichkeit der Herstellung solcher Waffen, für wahrscheinlich.

Um ihre Haltung zu untermauern, hob die Bush-Gang Saddams Einsatz von Giftgas gegen iranische Soldaten und irakische Kurden in den 80er Jahren hervor. Was hierbei nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, dass Iraks Programm zum Bau von "Massenvernichtungswaffen" ebenso wie das ursprüngliche Bin Laden-Netzwerk mit amerikanischer Unterstützung ins Leben gerufen wurde. 1980, kurz nachdem er die Macht übernommen hatte, bekam Saddam grünes Licht, die Islamische Republik Iran anzugreifen. Die Vereinigten Staaten lieferten geheimdienstliche wie logistische Unterstützung an den Irak, als der brutale Konflikt andauerte. Hussein hoffte durch die Niederlage des Iran den Irak zur vorherrschenden Kraft am ölfreien persischen Golf zu machen.

Washington hingegen wollte weder den Sieg des Irak noch des Iran und hoffte, durch eine Verlängerung des Konfliktes den Iran auszubluten und dadurch den Einfluss von Ajatollah Khomeinis "Islamischer Revolution" zu schwächen. Immer dann, wenn es so schien, als ob der Irak Oberhand im Konflikt gewänne, lieferten die Vereinigten Staaten dem Iran verdeckte Unterstützung. Die meiste Zeit war jedoch das irakische Militär durch die zahlenmäßig stärkeren und hochmotivierten iranischen Truppen unter Druck. Die USA halfen Saddam, chemische und biologische Waffen zu entwickeln, um die Lage auf den Schlachtfeldern auszugleichen.

"Das irakische Bio-Waffen-Programm, das George W. Bush vernichten will, begann vor zwei Jahrzehnten mit Hilfe von Uncle Sam."

"Das CDC [Center for Disease Control, in Atlanta ansässiges Zentrum für Krankheitskontrolle] und ein Unternehmen für biologische Muster, American Type Culture Collection, lieferten die Erbanlagen aller Keime, die der Irak zur Waffenproduktion nutzte, inklusive Anthrax, dem Bakterium, das Milzbrand produziert, und der Keime, die Gasbrand verursachen. Darüber hinaus bekam der Irak Muster von weiteren tödlichen Krankheitserregern, einschließlich des West-Nil-Virus."

"Der Handel kam in den 80ern zustande, als die Vereinigten Staaten den Irak gegen den Iran unterstützten. Sie wurden ausführlich in einem Bericht der Banken-Kommission des Senats von 1994 aufgezählt sowie in einem darauffolgenden Brief vom CDC an den Senat" (*Associated Press*, 2. 10. 2002).

Am 27. März 1984 berichtete die *New York Times*, dass Donald Rumsfeld, der amtierende US-Verteidigungsminister, Bagdad als Ronald Reagans Gesandter besucht hatte und "sich heute mit Iraks Außenminister getroffen hatte, um den Irak-Iran-Konflikt und andere Themen zu diskutieren". Die gleiche Ausgabe berichtete, dass die Vereinten Nationen festgestellt hatten, der Irak benutzte "chemische

Inhalt

IBT: Nieder mit Bushs Terrorkrieg Verteidigt den Irak.....	Seite 2
Keine Illusionen in die deutsche Bourgeoisie.....	Seite 8
Nachdruck aus <i>BOLSCHEWIK</i> -Extra 10/02 Deutsche Linke: Im Schlepptau des 'Friedenskanzler'.....	Seite 14
Trotzkisten fusionieren.....	Seite 16
Islam, Imperium & Revolution.....	Seite 32

Herausgeber: Internationale Bolschewistische Tendenz
(Gruppe Spartakus)

Anschrift: Gruppe Spartakus, Postfach 100601, 47006
Duisburg

Presserechtlicher Verantwortlicher:

Christoph Lenk, BCM Box 4771,
London WC1N 3XX, UK (Großbritannien)

Redaktionsschluss: 23.12.2002

Eigendruck im Selbstverlag

Waffen in Form von, aus der Luft abgeworfenen, Bomben" im Iran. Diese Waffen enthielten "Senfgas und Nervengas". Die Vereinigten Staaten waren weder darüber besonders besorgt, noch über die Nachricht, dass Saddams Streitkräfte in Halabja 5000 kurdische Zivilisten mit Giftgas ermordet hatten. Erst 1990, als amerikanische Truppen sich darauf vorbereiteten, in den Irak einzumarschieren, zeigten sich die Vereinigten Staaten besorgt über Saddams "Massenvernichtungswaffen" und drohten massive Vergeltung an, falls der Irak es wagen sollte, diese einzusetzen.

Der amerikanisch-britische Vorschlag: 'Invasion ohne Krieg'

Unter dem von den Vereinigten Staaten und Großbritannien inszenierten Druck stimmten die Iraker zu, UN-Waffeninspektoren wieder ins Land zu lassen. Das war ein wichtiges Zugeständnis, da weithin bekannt war, "dass amerikanische Spione verdeckt in Gruppen der UN-Waffeninspektoren arbeiteten" (*New York Times*, 07. 01. 1999). Washington war eindeutig durch Saddams Antwort irritiert, da sie die PR-Vorbereitungen auf den Krieg komplizierte. Daher konterte Washington, unterstützt durch Britannien, indem es einige Forderungen, die unannehmbar für Bagdad waren, vorschlug, um einen Vorwand für einen Angriff zu erhalten. Dies war die gleiche Taktik, die auch schon gegen die Serben in den "Friedensverhandlungen" von Rambouillet 1999 angewandt wurde, als die Vereinigten Staaten von den Jugoslawen forderten, den NATO-Truppen "uneingeschränkten Zugang" zu gewähren, um durch ihr Land zu streifen. Als Belgrad dies verweigerte, begann das Bombardement.

Die *New York Times* vom 2. Oktober 2002 berichtete:

"Die vorgeschlagene Resolution, vorbereitet durch die Vereinigten Staaten und Britannien, würde das Mandat der Inspektoren weit aufdringlicher machen, einschließlich des Aufbaus von Flug- und Fahrverbotszonen, gesichert von UN- oder US-Sicherheitskräften entlang der Routen, welche die Inspektoren nehmen würden, laut umfassender Auszüge, die die *New York Times* erhalten hat. Der Vorschlag fordert auch die Bewachung der Inspektoren durch 'genügend UN-Sicherheitskräfte' für ihre Sicherheit." Robert Fisk fasste dies folgendermaßen zusammen:

"Washington kann Streitkräfte der USA (einem Mitglied des Sicherheitsrates) anfordern, um diese 'Korridore' durch den Irak - am Boden - zu 'erzwingen', wenn es will. US-Truppen wären dadurch im Irak. Das wäre eine Invasion ohne Krieg, das Ende von Saddam, 'Regimewechsel', das ganze Programm" (*Independent* (London), 04. 10. 2002).

Der 'befreite' Irak: Eine US-Öl-Kolonie

Während des Zweiten Weltkrieges drängten die Vereinigten Staaten auf eine Loslösung des verbliebenen Kolonialbesitzes ihrer europäischen Rivalen. Washingtons 'antikoloniales' Auftreten schaffte Vorteile für amerikanische Unternehmen, in Gegenden einzudringen, die vormalig für sie unzugänglich waren, während sie gleichzeitig ihr 'demokratisches' Image im ideologischen Wettstreit mit



Nieder mit dem Terrorkrieg...



...gegen den Irak

der UdSSR um die Köpfe und Herzen der kolonialen Massen aufpolieren konnten. Aber die Sowjetunion ist nicht mehr, und das Weiße Haus scheint zu dem Schluss gekommen zu sein, dass sein High-Tech-Militär die zeitlich unbegrenzte Eroberung von Iraks lukrativen Ölfeldern zu einem Unternehmen mit geringem Risiko machen wird:

"In der Anfangsphase wird der Irak durch den amerikanischen Militärkommandeur - vielleicht General Tommy R. Franks, Kommandeur der US-Streitkräfte im Persischen Golf, regiert werden ..."

"Bis jetzt wurde angenommen, dass irakische Dissidenten von außer- wie innerhalb des Landes eine Regierung bilden würden, aber es war nie klar, wann sie die Kontrolle übernehmen werden."

"Heute ist zum ersten Mal deutlich geworden, dass die Regierung etwas diskutiert hat, was eine längere

Besatzung des Iraks durch Streitkräfte der Koalition, geführt durch die Vereinigten Staaten sein könnte" (*New York Times*, 11. 10. 2002).

Es ist klar, dass die US-Pläne, in den Irak einzumarschieren, wenig mit Saddam Hussein und seinem möglichen Arsenal zu tun haben:

"Als er gefragt wurde, was passieren würde, wenn der amerikanische Druck zu einem Staatsstreich gegen Präsident Hussein führen würde, antwortete ein wichtiger Beamter: 'Das wäre schön.' Aber der Beamte deutete an, dass das amerikanische Militär den Irak so oder so einnehmen und das Land sichern würde, nicht nur, um Massenvernichtungswaffen zu zerstören sondern auch um sich gegen die Anarchie nach Husseins Abgang abzusichern" (ebd.).

Deshalb entpuppt sich all das Gerede über 'Freiheit' und 'Demokratie' nur als das Ersetzen der irakischen Militärdiktatur durch eine amerikanische. Saddam Hussein ist ein grausamer Diktator, aber wenigstens wurde unter seiner Herrschaft mit irakischen Öleinnahmen in den 80ern



ein bemerkenswertes Modernisierungsprogramm und eine beträchtliche Industrieentwicklung (das meiste davon ist seit den imperialistischen Angriffen zerstört worden) finanziert. Unter US-Besatzung wird Iraks natürlicher Reichtum zu den Aktienbesitzern und Kuponschneidern internationaler Ölkonzerne fließen. Die Imperialisten sorgen sich nicht um die Lebensqualität ihrer neokolonialen Untertanen. Sie bieten Todesschwadronen, keine Landreform.

Das Pentagon sieht in Afghanistan ein Modell der Kriegsführung für alle zukünftigen kolonialen Kriege, weil die Kombination von einheimischen Hilfstruppen und US-Luftherrschaft die Taliban mit minimalen amerikanischen Opfern besiegte. Die zu Tausenden getöteten afghanischen Zivilisten, die bei Bombardements und nachfolgenden 'Aufräum'-Operationen getötet wurden, werden achselzuckend als bloße 'Kollateralschäden' abgetan. Für die Überlebenden ist das Leben unter den sich befehlenden Warlords sogar noch schlimmer als unter den reaktionären

Taliban, und es gibt wenig Aussicht, dass es sich in absehbarer Zukunft verbessern wird. Im ersten Siegesrausch sprach Bush großzügig von einem neuen "Marshall-Plan", um das zerstörte Land wieder aufzubauen, aber endete mit armseligen 300 Millionen US-Dollar, weniger als ein Fünftel dessen, was die USA zur Zeit *jeden* Monat ausgeben, um ihre Garnison in Afghanistan aufrechtzuerhalten.

Der Irak besitzt, im Gegensatz zu Afghanistan, wertvolle und leicht ausbeutbare Bodenschätze, so dass die Vereinigten Staaten eine längere und lukrativere Besatzung vorsehen:

"So lange die Koalitionspartner den Irak verwalteten, würden sie im Wesentlichen die zweitgrößten bekannten Ölreserven der Welt, nahezu 11 Prozent der gesamten Vorkommen, kontrollieren. Ein wichtiger Administrationsbeamter sagte, das UN-Programm Öl-für-Essen würde ausgeweitet, um Hilfe für die finanzielle Stabilisierung und den Wiederaufbau zu gewähren" (*New York Times*, 11. 10. 2002).

Wenn alles nach Plan verläuft, könnte Saudi-Arabien nach dem Irak das nächste Ziel sein, das einzige Land, das noch mehr Öl besitzt. Die Vereinigten Staaten besitzen bereits zahlreiche Basen im östlichen Teil Saudi-Arabiens, angeblich, um das Königreich vor einem irakischen Angriff zu schützen. Aber die Dinge verlaufen nicht immer nach Plan, wie die USA in den 60er Jahren in Vietnam herausfanden. Des Weiteren führte in Somalia 1993 und im Libanon ein Jahrzehnt zuvor der Widerstand von einheimischen 'Terroristen' zum entwürdigenden Abzug amerikanischer Streitkräfte. Diese Rückschläge sind erwiesenermaßen nicht vergessen:

"Richard Armitage, der stellvertretende US-Staatssekretär entschied sich letzte Woche, die libanesische Hisbollah auf die von den USA erstellte Liste terroristischer Organisationen zu setzen. Mit einer vagen, unspezifischen Bezugnahme auf 291 [sic] getötete amerikanische Soldaten beim Selbstmordattentat auf eine US-Marines-Basis in Beirut 1983, merkte er an, dass 'sie auf der Liste sind, ihre Zeit kommen wird; das steht außer Frage. Sie haben eine Blutschuld bei uns'" (*Independent* (London), 11. 09. 2002).

Armitage ist nicht der Ansicht, dass irgendeine "Blutschuld" entstand, als 17.000 Libanesen, zumeist Zivilisten, getötet wurden, während der von den USA gebilligten Invasion Israels 1982. Aber die Fahrer der LKW-Bombe vom Islamischen Dschihad, der die imperialistischen Truppen aus dem Libanon bombte, sahen dies anders. Zu dieser Zeit schrieben wir, dass Revolutionäre "jegliche militärische Aktionen von Unterdrückten, die sich gegen die Anwesenheit von Imperialisten richten, verteidigen müssen, *unabhängig* von dem politischen Charakter derer, die diese Aktion durchführen".

US-Militärdoktrin: Nuklearer Erstschlag

Die Vereinigten Staaten haben ein früheres Versprechen, niemals Atomwaffen gegen Mächte ohne Atomwaffen einzusetzen, widerrufen und billigen nun den Gebrauch von taktischen Atomwaffen gegen unterirdische Bunker, Truppenkonzentrationen und andere nicht spezifizierte Ziele. Dies liefert einen wichtigen Grund für Länder, die

gegenwärtig nicht über "Massenvernichtungswaffen" verfügen, sich welche zu besorgen. Falls Saddam ein paar nukleare Sprengköpfe hätte und mit dem Gedanken spielen würde, sie einzusetzen, würde Bush möglicherweise weniger aggressiv vorpreschen.

Die Anmaßung eines amerikanischen Rechtes, 'Präventivschläge' gegen Länder zu führen, von denen Washington behauptet, dass sie versuchen chemische, biologische oder nukleare Waffen zu entwickeln, wird durch einen Rückzug aus den bestehenden internationalen Konventionen, welche die Entwicklung und Verbreitung solcher Waffen beschränken, begleitet. Die meisten dieser Abkommen wurden ursprünglich von führenden US-Politikern entworfen, um die Ausbreitung zu verhindern und existierende Vorteile der USA zu sichern. Heutzutage weist sie das Weiße Haus als eine Beschneidung der amerikanischen Souveränität zurück, genauso wie das Kyoto Protokoll über globale Erwärmung, den Internationalen Strafgerichtshof und den Anti-Ballistic-Missile-Vertrag zur Kontrolle von Raketenabwehrsystemen.

Das Zelebrieren einer offenen imperialen Rolle der Vereinigten Staaten in der Dritten Welt beinhaltet die Drohung, jedes andere Land davon abzuhalten, jemals auch nur in die Nähe eines militärischen Gleichstands zu kommen. In seinem Bericht an den Kongress vom 20. September 2002 verkündete Bush: "Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, um allen möglichen Gegnern davon abzuraten, einen militärischen Aufbau zu betreiben, in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten einzustellen oder zu übertreffen." Wie der Versuch, Kontrolle über die Ölreserven des Persischen Golfs zu erlangen, ist dies an die europäischen und japanischen Rivalen gerichtet. In der Septemberausgabe des *Foreign Affairs* fasst Michael Hirsh schonungslos die neue Politik als "Neoimperialismus" zusammen:

"Diese Ansicht hält daran fest, dass die unilaterale Durchsetzung von Amerikas konkurrenzloser militärischer Macht das vorrangige Mittel sei, um nicht nur den Kampf gegen den Terror zu gewinnen, sondern um auch die amerikanische Herrschaft unbegrenzt zu sichern, größtenteils uneingeschränkt durch das internationale System oder die diplomatischen Forderungen anderer Nationen. Ursprünglich aus dem rechten Flügel der Entspannungsgegner in den 70ern kommend, sind die Bush-Hegemonisten der Ansicht, dass Amerika zu lange ein globaler Gulliver gewesen sei, der von Liliputanern gefesselt wurde - den Normen und Institutionen des globalen Systems. Sie sehen ihre Sicht der US-Vormachtstellung gestärkt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion von 1991 und den der Taliban ein Jahrzehnt später ..."

Jay Bookman von der *Atlanta Journal-Constitution* beschrieb Bushs Doktrin als "einen Plan für permanente US-Vorherrschaft von Militär und Ökonomie in jeder Region der Welt" durch "eine völlige Expansion unserer militärischen Präsenz." Er schreibt, dass der kommende Krieg gegen den Irak:

"den Zweck hat, das offizielle Hervortreten der Vereinigten Staaten als ein vollentwickeltes globales Empire, das die alleinige Verantwortung und Autorität als Weltpolizist übernimmt, zu markieren. Es wäre der Höhepunkt eines seit 10 oder mehr Jahren verfolgten Plans, ausgeführt von jenen, die glauben, die Vereinigten Staaten

müssten die Gelegenheit für globale Dominanz nutzen, selbst wenn es bedeutet, die 'amerikanischen Imperialisten' zu werden, als die unsere Feinde uns immer bezeichnet haben."

"Wenn dies erst einmal verstanden ist, lösen sich die anderen Mysterien von selbst. Zum Beispiel erscheint die Regierung unbesorgt über eine Strategie für einen Auszug aus dem Irak, wenn Saddam erst einmal gestürzt ist?"

"Weil wir nicht gehen werden. Wenn wir den Irak erobert haben, werden die Vereinigten Staaten dauerhafte Militärbasen in diesem Land errichten, von wo aus sie den Mittleren Osten, einschließlich des benachbarten Iran, dominieren." (*Atlanta Journal Constitution*, 29. 09. 2002)

Risse im Riesen

Im Gegensatz zu den 'Anti-Globalisierungs'-Theoretikern, die von der angeblichen Ohnmacht der Regierungen angesichts eines unerbittlichen Prozesses globaler ökonomischer Integration schwafeln, demonstriert die gegenwärtige US-Kampagne gegen den Irak, dass wirtschaftliche ebenso wie militärische und politische Macht letzten Endes durch Nationalstaaten ausgeübt wird.

Frankreich und Deutschland sind offen ungehalten wegen des amerikanischen Versuchs, die nahöstliche Ölproduktion zu kontrollieren. Nur sind die USA zur Zeit zu stark, um offen herausgefordert zu werden. Als Mitglieder der Sozialistischen Partei vorschlugen, Frankreich solle sein Veto im Sicherheitsrat einsetzen, um die UN-Unterstützung für jeglichen Angriff auf den Irak zu blockieren, antwortete der französische Außenminister, Dominique de Villepin:

"Wenn Frankreich dieses Veto erhebt, würde es uns des Einflusses und der Möglichkeiten berauben, Teil des internationalen Spiels zu sein" (*New York Times*, 09. 10. 2002).

Das "Spiel" ist die Aufteilung des Iraks nach seiner 'Befreiung':

"Regierungsquellen sagen, sie fürchten, dass Frankreich - abgesehen von bestehenden Konzessionen - von der Beute abgeschnitten werden könnte, wenn es den Krieg nicht unterstützt und eine bedeutende militärische Präsenz zeigt. Wenn es zum Krieg kommt, ist Frankreich entschlossen, eine renommiertere Rolle in den Kämpfen zu spielen als im Golfkrieg 1991, in dem ihre Hauptrolle darin bestand, nur schwach verteidigte Gebiete zu beset-

BOLSCHEWIK 
Internationale Bolschewistische Tendenz (Gruppe Spartakus)

**A b o n n i e r t d e n
B O L S C H E W I K !**

**4 AUSGABEN PLUS SONDERAUSGABEN:
5 EURO**

**Gruppe Spartakus, Postfach 100601,
47006 Duisburg**

Internet: www.bolshevik.org

E-Mail: GruppeSpartakus@compuserve.de

zen. Verhandlungen zwischen der staatlichen TotalFinaElf-Gesellschaft und den USA über die Aufteilung der Ölregionen unter die großen Firmen der Welt werden fortgesetzt."

"Washingtons räuberisches Interesse am irakischen Öl ist klar, was auch immer die politischen Bekenntnisse über die Kriegsgründe sein mögen. Der Bericht über die Nationale Energiepolitik der USA - bekannt als der 'Cheney-Report', ehemals einer von Amerikas reichsten und einflussreichsten Magnaten der Ölindustrie - verlangt, als Priorität den amerikanischen Zugang zu den Vorräten des Persischen Golfs zu erleichtern" (*Observer* (London), 06. 10. 2002).

Die gewinnsüchtigen Kalkulationen über Iraks Zukunft sind so durchsichtig, dass selbst die *New York Times* am 9. Oktober 2002 zugibt: "Die Idee, dass das amerikanische Verlangen nach Öl das vorherrschende Motiv für den Krieg gegen den Irak ist, war ein beharrliches Thema in der Weltmeinung der vergangenen Wochen." Trotz des Traras, der den Jahrestag des "11. September" begleitete, und eines ununterbrochenen Sperrfeuers an Kriegspropaganda in den Medien, gibt es wenig populären Enthusiasmus unter Amerikanern für einen Angriff auf den Irak. Saddam wird einfach von Millionen Arbeitern, die weitaus mehr um Jobs und Renten besorgt sind, nicht gerade als besondere Gefahr erachtet. Zur Zeit ist jedoch der Widerstand weitgehend auf die Universitäten beschränkt. Die vorherrschende Stimmung scheint zu sein, dass Bush seinen Krieg haben kann, wenn er will. Er sollte nur weder zu viele amerikanische Opfer kosten noch der Wirtschaft schaden. Wenn die Dinge schief laufen, kann der heimische Widerstand gegen ein gescheitertes Abenteuer schnell anwachsen.

Das Weiße Hause ist besorgt über die weitverbreitete öffentliche Skepsis bezüglich der "Gefährlichkeit" des Irak und stützt sich auf US-Geheimdienste, um Einschätzungen zu produzieren, die ihre Public-Relations-Kampagne unterstützen. Dies hat Berichten zufolge Verstimmungen verursacht:

"Frisierte Informationen haben ihren Weg in hochrangige Erklärungen gefunden, und da gibt es eine Menge Unzufriedenheit darüber in den Nachrichtendiensten, besonders unter den Analysten des CIA", sagte Vincent Cannistraro, der ehemalige Chef der CIA-Gegenspionage" (*Guardian* (London), 09. 10. 2002).

Wichtige Elemente der amerikanischen Bourgeoisie haben ihrer Meinung Ausdruck verliehen, dass die "Alleingang"-Pose gegen den Irak rücksichtslos und unnötig sei. Brent Scowcroft, Nationaler Sicherheitsberater von George Bush Senior, ging mit seinen Vorbehalten am 15. August 2002 im *Wall Street Journal* an die Öffentlichkeit. Andere Dissidenten sind General Wesley Clark, ein ehemaliger NATO-Kommandeur, General Anthony Zinni, ehemaliger Chef der Nahost-Kräfte und George Tennes, der Direktor des CIA. Sie haben nichts dagegen, dass die USA sich des irakischen Öls bemächtigen, aber sie denken, dass es dezenter und mit mehr internationaler Deckung erfolgen sollte. 'Heiße' Kriege haben ihre Risiken, und es ist denkbar, dass Bush Junior und seine Bande vielleicht vor einer tatsächlichen Invasion anhalten, wenn sie genug Einfluss in der Region durch bloße Drohungen erlangen.

Bushs Krieg gegen Linke, Arbeiter und Minderheiten

Imperialistischer Chauvinismus geht Hand in Hand mit Angriffen auf demokratische Rechte zu Hause. Von Flugverbotslisten bekannter Anti-Kriegs-Aktivistinnen, über 'präventive' Festnahmen friedlicher Demonstranten, bis zum Aufbau eines Korps ziviler Regierungsspitzel benutzt die Bush-Regierung das 'Terrorismus'-Schreckgespenst für einen umfassenden Angriff auf bürgerliche Freiheiten. Die offizielle Fremdenfeindlichkeit trifft Minderheiten, Immigranten und Arbeiter ohne Papiere besonders hart, speziell wenn diese aus dem Mittleren Osten kommen. Aber Arbeiterorganisationen sind die wichtigste Zielscheibe des aktuellen Strebens nach 'nationaler Sicherheit'.

Den angeblichen 'nationalen Notstand' als Vorwand nutzend will die republikanische Regierung 170.000 Regierungsangestellte, die für die neue 'Heimatschutz'-Abteilung vorgesehen sind, ihrer kollektiven Tarifverhandlungsrechte berauben. Wenn das durchkommt, wird der nächste Schritt sein, die anderen Bundesangestellten anzugreifen und herabzusetzen, die bald auf den Status von Landes- und Kommunalangestellten herabsinken würden. Inzwischen beteiligt sich das Weiße Haus an der Seite der Reedereien und einer Reihe großer Einzelhändler in einer sorgfältig inszenierten Attacke auf die International Longshore and Warehouse Union (ILWU; Internationale Häfen- und Lagerhausgewerkschaft). In einem Artikel vom 14. Oktober 2002 schreibt David Bacon, ein bekannter kalifornischer Arbeiterreporter:

"Trotz der Tatsache, dass sie selbst die Tore ihrer eigenen Terminals verschlossen hatten, fand die Bush-Regierung einen Bundesrichter, der die Gewerkschaft dazu verurteilte, 80 Tage lang ohne Unterbrechung unter dem alten Vertrag zu arbeiten."

"Der juristische Antrag der Regierung zur Verteidigung ihrer Aktion brachte eine erschütternde neue Philosophie zum Ausdruck, ausgearbeitet von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Er behauptet, dass alle kommerzielle Fracht als militärisch wichtig eingestuft werden könne, nicht nur jene speziellen Güter, die für den auswärtigen militärischen Gebrauch vorgesehen seien. Jede Arbeitsunterbrechung auf den Docks sei daher eine Bedrohung der nationalen Sicherheit. 'Das Verteidigungsministerium ist zunehmend auf kommerzielle Dinge und Leistungen angewiesen, um seine Anforderungen zu erfüllen', sagte er. 'Rohstoffe, medizinische Ausrüstung, Ersatzteile ebenso wie die alltägliche Versorgung unserer bewaffneten Kräfte stellen nur einen Teil der lebenswichtigen militärischen Fracht dar, die von kommerziellen Vertragspartnern geliefert und üblicherweise nicht als militärische Fracht bezeichnet wird.'"

Dies bedeutet, die faktische Militarisierung der Docks vorzuschlagen - was die bloße Existenz der ILWU gefährden würde. Ein erfolgreicher Angriff auf diese mächtige und kämpferische Gewerkschaft wäre ein Signal für die allgemeine Attacke gegen alle anderen Gewerkschaften - genau wie die billigen Siege gegen Jugoslawien und Afghanistan den Weg bereiteten, für Bushs drohenden

Krieg gegen den Irak. Die Verteidigung der ILWU und der Gewerkschaften der zivilen Bundesbehörden ist von vitalem Interesse für jeden amerikanischen Arbeiter. Sozialisten in der amerikanischen Arbeiterbewegung versuchen, die Verbindung aufzuzeigen zwischen den Angriffen zu Hause auf demokratische Freiheiten und Gewerkschaftsrechte und den auswärtigen Angriffen auf den Irak und andere Neokolonien. Angesichts des drohenden Kriegs gegen den Irak müssen klassenbewusste Arbeiter in den imperialistischen Ländern versuchen, alle Mittel des Klassenkampfes anzuwenden, einschließlich politischer Streiks, um die Kriegstreiberei ihrer 'eigenen' Herrscher zum Entgleisen zu bringen.

Proletarischer Internationalismus statt Sozialpazifismus!

Verschiedene pseudo-marxistische Organisationen wie die Internationale Sozialistische Tendenz (in Deutschland: Linksruck) und das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI; in Deutschland: Sozialistische Alternative Voran - SAV) befürworten Anti-Imperialismus zwar im Kleingedruckten eines Teils ihrer Propaganda, konzentrieren sich aber in ihrer Praxis darauf, "breite" (d.h. klassenübergreifende) Koalitionen auf einem simplen "Stoppt den Krieg"-Programm zusammenzuschustern. Das führt unvermeidlich zur politischen Anpassung an populäre Illusionen in die 'fortschrittlicheren' Imperialisten. Die September-Ausgabe von *Socialism Today* der KAI schlägt zum Beispiel vor, die Demokraten, eine der Zwillingsparteien des Rassismus und des imperialistischen Krieges in den USA, sollten Bush entschiedeneren Widerstand leisten:

"Als kurzsichtigen Opportunisten mangelt es ihnen [den Demokraten] an politischer Courage vor den verheerenden Rückwirkungen eines Irak-Krieges. Sie geben keine Führung bei der Mobilisierung von Massenwiderstand gegen einen militärischen Präventivschlag, der amerikanische Verluste und blutige Folgen für die Völker des Irak und der Nachbarstaaten bringen wird."

Es ist schwer, sich etwas Lächerlicheres vorzustellen als selbsternannte Sozialisten, die imperialistische Politiker dafür denunzieren, dass sie den Kämpfen gegen imperialistische Aggression keine Führung bieten. Der imperialistischen Kriegsmaschine kann nur dann ernsthafter Widerstand entgegengesetzt werden, wenn die Arbeiterklasse erfüllt wird von dem Verständnis, dass ihre historischen Interessen denen ihrer Herrscher entgegengesetzt sind und dass ihr Schicksal mit den unterdrückten Massen der Neokolonien eng verbunden ist.

Die Idee, einfach eine Bewegung aufzubauen, die von den Imperialisten verlangt, "den Krieg zu stoppen" übersieht die Tatsache, dass Kriege aus verschiedenen Gründen beendet werden - einige als Sieg, andere als Niederlage. Pazifisten lehnen Krieg generell ab, aber Marxisten beziehen eine Seite in Konflikten zwischen imperialistischen Räubern und ihren Opfern. Revolutionäre wollen die *Niederlage* der Imperialisten in ihren Aggressionskriegen gegen unterdrückte Völker. Deshalb lehnen wir die vereinfachende Gleichsetzung von Saddam Hussein und George W. Bush ab, wie sie von



Kein Hauptfeind Schröder? Deutsche Linke zielt daneben: Pazifismus und Antiamerikanismus.

Anarchisten im Rahmen ihrer Politik der "Pest auf beide Häuser" vertreten wird. Wenn sie den Irak verteidigen, geben Marxisten Saddam Hussein keinerlei politische Unterstützung. Aber wir bestehen darauf, dass es der Job der irakischen Arbeiter und Unterdrückten und nicht der Imperialisten ist, das diktatorische Ba'ath-Regime zu stürzen.

Die Aufgabe von Marxisten ist es, einen Ausweg zu zeigen aus den Schrecken der Armut, Brutalität und Ausbeutung, die dem Kapitalismus zu eigen sind. Der erste Schritt ist zu erkennen, dass die zentrale Achse des Kampfes für die Befreiung der Menschheit nicht entlang der Linien von Nation, Religion, Geschlecht, Rasse oder Ethnizität sondern gesellschaftlicher Klassen verläuft. Die Ausbeuter und ihre Anhänger haben Interessen, die denen der Arbeiter und Unterdrückten diametral entgegenstehen. Amerikanische Arbeiter haben objektiv viel mehr gemein mit gewöhnlichen Irakern als mit Cheney, Rumsfeld, Bush und deren gleichen. Ein Rückschlag für die US-imperialistischen Aggressoren im Irak wird die Position der amerikanischen Arbeiterbewegung stärken, genauso wie die Umwandlung des Irak in ein US-Protectorat sie schwächen wird.

Das multi-rassische amerikanische Proletariat ist ein möglicher mächtiger Verbündeter der Arbeiter und Unterdrückten der neokolonialen Welt. Wenn sie gegen den amerikanischen Imperialismus auftreten, bekämpfen Marxisten deshalb zugleich den Antiamerikanismus - die Ideologie der nationalistischen Demagogen in den imperialistischen Rivalen Amerikas und den Neokolonien. Die soziale Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Massen des Mittleren Ostens, Lateinamerikas, Afrikas und Asiens ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für die sozialistische Revolution im imperialistischen Herzland. Das ist die Perspektive, mit der revolutionäre, internationalistische Arbeiterparteien in jedem Land aufgebaut werden müssen - einschließlich der Vereinigten Staaten, der Zitadelle der imperialistischen Reaktion. Es gibt einfach keinen anderen Weg vorwärts für die Menschheit in dieser Epoche der Kriege und Revolutionen.

Internationale Bolschewistische Tendenz
22. Oktober 2002

Humanitärer BRD-Imperialismus gegen Wildwest-Yankee-Imperialismus?

Keine Illusion in die deutsche Bourgeoisie!

SPD/Grüne rüsten für neue Kriege!

Die bundesdeutsche Friedensbewegung zeichnet sich seit jeher durch eine antiamerikanische Schlagseite aus. Diese besteht nicht in der berechtigten Kritik der Verbrechen Washingtons sondern äußert sich vielmehr in einer vergleichsweisen Beschönigung des imperialistischen Charakters der deutschen Politik. Letztere wird auch in der Linken oft als weniger aggressiv und zivilisierter dargestellt. Der Kampf gegen die "Bus(c)h-Krieger" mündet in Appelle an den Kanzler, seinen Worten vom "deutschen Weg" Taten folgen zu lassen. Diese Orientierung vereint deutsche 'Kriegsgegner' von bürgerlichen Pazifisten über die Gewerkschaftsführung bis zu relevanten Teilen der radikalen Linken. Die deutsche bzw. europäische Politik, d.h. die imperialistischen Rivalen der USA um die Aufteilung der Welt, werden zum offen erklärten Hoffnungsträger dieser 'Friedenpolitiker':

So heißt es in der Pressemitteilung des Netzwerks Friedenskooperative zum Aktionstag gegen den Irak-Krieg am 26. Oktober 2002:

"Gruppen der deutschen Friedensbewegung, Gewerkschaften und GlobalisierungskritikerInnen protestieren in zahlreichen deutschen Städten - auch um ... gemeinsam mit konsequenter europäischer Politik selbst den nach wie vor zum Krieg entschlossenen amerikanischen Präsidenten noch stoppen [zu] können. Der 'Aktionstag gegen den Irak-Krieg' soll auch die deutsche Bundesregierung zu deutlichen Konsequenzen aus ihrer im Wahlkampf geäußerten kritischen Haltung zu einer Intervention im Irak drängen ... um die Regierungskoalition dazu zu drängen, der Phrase 'Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik' konkrete Handlungen folgen zu lassen."

Und bei der Protest-Kundgebung am 26. Oktober 2002 vor dem US-Stützpunkt in Spangdahlem fällt Clemens Ronnefeldt, vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, nur die "neue Aufteilung der Welt unter US-Kommandos" auf und keineswegs die gleichgerichteten deutschen und europäischen Gelüste. Stattdessen fragt er *"Wo bleibt der Widerstand der europäischen Politik?"* und beklagt mit einem Zitat aus der Frankfurter Rundschau die "Passivität der europäischen Staaten", "da die Politik der Regierung Bush dem Prinzip der europäischen Integration - der zunehmenden Verrechtlichung internationaler Beziehungen - zuwiderläuft und die *Grundinteressen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik, Multilateralismus und Multipolarität*, immer deutlicher negiert".

Mit Egon Bahr formuliert Ronnefeldt seine Sorge *"ob es [Europa] seine Streitkräfte als Schild Europas oder als Schwert Amerikas auslegen will. Ob es sicherheitspolitisch Protektorat bleiben oder selbstbestimmt werden will"*.

Die Befreiung aus amerikanischer Vassallenschaft solle zu ersten Schritten "einer *eigenständigen Politik der Bundesregierung, die dem Grundgesetz, dem Völkerrecht und der Humanität verbunden wären*" führen.

Für diesen 'guten' (deutschen) Zweck riskiert der

('gute') deutsche Mann vom Internationalen *Versöhnungs(!)*bund auch eine gravierende Verschärfung der inner-imperialistischen Rivalitäten:

"Den - wahrscheinlich *nicht unerheblichen* - Konflikt mit der US-Regierung in der Irak-Frage zu riskieren, *könnte den Beginn einer neuen Phase der transatlantischen Beziehungen einläuten*. Dies wäre ein mehr als überfälliger Schritt - und ein Gebot der politischen Vernunft." (alle Zitate siehe www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2002, Hervorhebungen durch *BOLSCHEWIK*)

Auch linksradikale Organisationen wie die Red Community (NRW) schüren - radikaler verpackt - ähnliche Illusionen in den deutschen Imperialismus (siehe Artikel auf Seite 14 in dieser Ausgabe)

Und die bekannte Gruppierung Linksruck erklärt Bush zur unerwünschten Person und appelliert unisono mit der IG-Metall-Bürokratie vertrauensselig an den guten Willen von 'rot'-grün: "Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze".

Diese Politik hält die Anti-Kriegsbewegung im Fahrwasser der deutschen Bourgeoisie und macht sie objektiv zum ideologischen Steigbügelhalter für die Weltmachtpläne des deutschen Kapitals. Schröders Wahlkampfkurs gegen einen Irak-Krieg war Wasser auf die Mühlen dieser opportunistischen Linken. Dabei ist auch unabhängig von Wahlkampfabsichten das taktische Kalkül hinter dieser Politik äußerst durchsichtig:

"Die von Bush im engen Bündnis mit Blair vorangetriebenen Kriegspläne sollen ... das Hussein-Regime stürzen und durch eine willfährige Regierung und imperialistische



Besatzung ersetzen, um schließlich die Vormachtstellung der USA in dieser Region auch gegen die westlichen Konkurrenten durchzusetzen. Eine Entwicklung, die vor allem den wirtschaftlichen bzw. politischen Einfluss Frankreichs, Deutschlands und auch Russlands im Nahen Osten schwächen würde. Daher ist von der uneingeschränkten Solidarität, die die NATO-Staaten dem US-Kapital nach dem 11. September für einen "Krieg gegen den Terror" geschworen hatten, wenig übrig geblieben. Mangels militärischer Macht sieht besonders die BRD in einer 'politischen Lösung', unter Schirmherrschaft der UNO, den geeignetsten Weg zur Sicherung ihres Einflusses im Nahen Osten. Gleichzeitig investiert Deutschland z.B. durch die milliarden schwere Anschaffung von Airbus-Großtransportern in die Aufrüstung ihrer Armee zur internationalen Einsatzfähigkeit. Die scheinbare deutsche Zurückhaltung hat also nichts mit Friedensliebe zu tun sondern zielt darauf, Zeit zu gewinnen, um mittelfristig auch militärisch konkurrenzfähiger zu werden" (*BOLSCHEWIK-Extra*, Verteidigt den Irak gegen die imperialistischen Angriffe!, Oktober 2002).

Auch die Bundesregierung will, wie im weiteren gezeigt wird, die Welt aufteilen - nur vorzugsweise noch nicht jetzt sondern erst, wenn sie dafür besser gerüstet ist.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis: Kooperation und Rivalität

Die angebliche Zurückhaltung des deutschen Imperialismus ist nicht nur taktisch sondern auch inkonsequent:

"Sollte es zu einem Krieg kommen, ist es dennoch durchaus möglich, dass deutsche Soldaten mitmarschieren, um Deutschlands Chancen bei der dann stattfindenden Neuaufteilung der Golfregion unter die großen Räuberstaaten zu wahren. Selbst wenn nicht, kooperiert die Regierung aus SPD und Grünen mit den Aggressoren: Im Rahmen der sogenannten Anti-Terror-Allianz stehen deutsche Soldaten in Kabul, deutsche Panzer in Kuwait, deutsche AWACS-Flugzeuge in der Türkei sowie deutsche Kriegsschiffe am Golf und Horn von Afrika. Schließlich werden die USA deutsche Stützpunkte, Häfen, Flugplätze und Überflugsrechte für ihre militärische Logistik nutzen" (*BOLSCHEWIK-Extra*, Oktober 2002).

Die politische Entwicklung hat seitdem unsere Analyse bestätigt:

"Tatsächlich hatten Schröder, Fischer und Verteidigungsminister Peter Struck den USA schon beim Prager NATO-Gipfel im November weitgehende Unterstützung zugesagt und Deutschland als logistische Basis angeboten ... Diese Zusagen gelten auch für den Fall eines amerikanischen Alleingangs. ... 'Die Bündnisverpflichtungen werden erfüllt', beteuert Schröder - ganz so, als sei der Krieg fest beschlossen" (*Der Spiegel*, 51/2002, 16. 12. 2002).

"Kriegsbeteiligung nein, Bündnissicherung ja", heißt Fischers neue Losung, mit der Rot-Grün das friedensbewegte Wahlversprechen ablöst, das eigene Land aus dem immer wahrscheinlicher werdenden Konflikt herauszuhalten" (ebd.).

Wieder einmal zeigt sich, wie schnell Sozialdemokraten

und Grüne die Positionen und Argumente wenden können. Dankbar greifen sie die Tatsache auf, dass die UNO-Resolution 1441 gegen den Irak keinen erneuten UN-Beschluss vorschreibt, um Bagdad angreifen zu dürfen. Damit nehmen sie auch den pazifistischen Freunden des Völkerrechts bei Teilen der grünen Basis, PDS und DGB den Wind aus den Segeln:

"Das Papier [der UNO-Resolution 1441] unterschiedlich deuten zu können, erfreut neuerdings auch das Duo Schröder/Fischer. ... Im Klartext: George W. Bush bräuchte kein neues Mandat für den Angriff. Völkerrechtliche Bedenken gegen deutsche Kriegsbeiträge, wie sie die neue Grünen-Vorsitzende Angelika Beer und zahlreiche Parteifreunde ... formuliert hatten, wären damit hinfällig. Und auch die Einwände ..., ohne ausdrückliches UNO-Mandat dürfe Berlin den Amerikanern weder Überflugrechte gewähren noch die deutschen Offiziere in Awacs-Maschinen belassen, laufen nun glatt ins Leere. Das sei ja ohnehin 'eine Debatte von gestern', entrüstete sich Fischer" (ebd.).

Mit dem Herannahen eines von der US-Regierung zielstrebig angesteuerten Krieges gegen den Irak geraten die pazifistischen 'Prinzipien' von Schröder, Fischer und ihren Wahlvereinen schnell ins Wanken. "Was immer die deutsche Regierung tut", schrieben wir im *BOLSCHEWIK-Extra* vom Oktober 2002, "es bezweckt nur die bestmögliche internationale Durchsetzung der eigenen imperialistischen Interessen unter den gegebenen Bedingungen. Taktische Differenzen zwischen bürgerlichen Politikern ergeben sich allein aus der verschiedenen Einschätzung dieser Möglichkeiten und Bedingungen bei gleicher imperialistischer Zielsetzung."

Die Bedingungen stellen sich drei Monate nach den Wahlen so dar, dass a) der Versuch, einen Irak-Krieg mit diplomatischen Manövern längerfristig aufzuschieben, immer aussichtsloser wird; dass b) Deutschland militärisch (noch) zu schwach ist, um den politisch-diplomatischen Bogen mit den USA zu überspannen und c) die Bundesregierung immer noch vor einem außenpolitischen Dilemma steht: Ohne jede militärische Beteiligung an einem Überfall auf den Irak droht einerseits Einfluss bei der aktuellen Aufteilung der Welt im Nahen Osten verloren zu gehen. Andererseits könnte sich ein gutes diplomatisches Ansehen im muslimisch-arabischen Raum auszahlen, wenn die anglo-amerikanische (Militär-)Intervention über kurz oder lang in Schwierigkeiten gerät. "Die arabische Welt setzte auf Deutschland, dessen Politik nicht wie die Frankreichs und Großbritanniens kolonial vorbelastet sei, und daher über besondere Glaubwürdigkeit verfüge", heißt es im Kolloquiumsprotokoll des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes über die Folgen des 11. September 2001 vom 25. Oktober 2001. Darin wird auch klar gemacht, dass Deutschland mit der (arabischen) Welt *perspektivisch* nicht nur Händchen halten will:

"Ein wichtiger strategischer Vorteil der EU liegt aus Sicht der Experten darin, dass ihre Politik in der Krisenregion Nah-/Mittelost/Zentralasien nicht als imperial perzipiert wird. Zudem verfügt sie über eine breite Palette von Instrumenten und Kapazitäten politischer, ökonomischer und *demnächst* auch *militärischer* und polizeilicher Art" (Hervorhebung durch *BOLSCHEWIK*).

"Die deutsche Außenpolitik darf dabei nicht bei der Formulierung von Zielen stehen bleiben, sondern muss sie

auch durchsetzen ('Unterfütterung großer Worte'). Nach Auffassung eines Experten hat die Bundesregierung in den letzten Jahren die Sicherheitspolitik generell, aber insbesondere die Bereitstellung adäquater militärischer Mittel eklatant vernachlässigt. Erst jetzt habe man eingesehen, wie wichtig die Verfügbarkeit adäquater militärischer Mittel sei, um in Allianzen (insbes. gegenüber den USA) und in Koalitionen angemessene politische Mitsprache zu erhalten. Um die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands in Zukunft zu sichern, bedürften personelle und materielle Ausstattung der Bundeswehr im Hinblick auf die heutigen Aufgaben einer kritischen Überprüfung."

Deshalb geht die Bundesregierung nicht als Vasall sondern im eigenen Interesse zur Zeit zu einer Position über, bei der sie die US-geführte Operation gegen den Irak militärisch und logistisch einerseits unterstützt, andererseits nach innen wie außen den Anschein zu wahren versucht, sie beteilige sich nicht direkt an einem Angriff gegen den Irak. Ein verlogener Anschein:

"Gegen solche Einsätze [von AWACS-Flugzeugen] im Nachbarland des Irak [der Türkei] hat Schröder nichts einzuwenden. Schließlich seien die AWACS-Flieger 'keine Instrumente, mit denen man operativ Krieg führen würde'. Ob der Regierungschef, fragte darauf der CSU-Wehrexperte Christian Schmidt, seine Mitbürger 'für dumm verkaufen' wolle.

Es scheint fast so. Denn die ... [AWACS-Maschinen] dienen nicht nur als Aufklärer, sondern auch als fliegende Kommandostände. Das Radar der NATO-Maschinen kann gegnerische Flugzeuge im Umkreis von rund 500 Kilometern erfassen - mithin von der türkischen Grenze aus bis tief in den Irak hineinschauen. Und die multinational gemischte Crew [mit entscheidender deutscher Beteiligung] hat prinzipiell einen Kampfauftrag - nämlich eigene Abfangjets zum Feind zu lotsen" (*Spiegel* 51/2002, 16.12.2002).

'Friedenspolitischer' deutscher Weltpolizist kontra 'schießwütiger' US-Sheriff?

Die von großen Teilen der Friedensbewegung und der Linken geteilte Illusion, der deutsche Imperialismus sei der zivilisierter, erscheint vielen Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern deshalb so plausibel, weil sie genau der offiziellen Imagepflege der BRD (in Medien und an Schulen) entspricht. Der deutsche Imperialismus hat zwei Weltkriege angefangen, Europa unter seinem Stiefel verwüstet und 6 Millionen Juden ermordet. Der bundesrepublikanische Rechtsnachfolger des 3. Reiches versucht jedoch, den Eindruck zu erwecken, als sei er geläutert und habe innen- wie außenpolitisch die 'demokratischen' Lehren aus der Vergangenheit gezogen.

Die Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" des Bundestages legte 2002 einen von allen Parteien "konsensual" getragenen Schlussbericht vor. Zwar gab es zu einzelnen Punkten Minderheitsvoten, aber in Folgendem stimmten alle Parlamentsfraktionen überein: Die BRD wird als zivil(isiert)er, auf weltweit gleichberechtigte, multilaterale Kooperation ausgerichteter Staat dargestellt. Demgegenüber wird den USA "eine Tendenz zum Unilateralismus" vorgeworfen, die ein "schlechte(s) Vorbild" gebe. In einem Versuch, sich von den Irrationalitäten



des imperialistischen Systems reinzuwaschen, wird den USA der schwarze Peter zugeschoben: "Wenn sich die Supermacht verweigert, kann eine kooperative Weltfriedensordnung nicht funktionieren". Die dann von der AG Global Governance ausgesprochene Empfehlung aber ist nichts anderes als eine Anleitung für die Formierung eines starken, antiamerikanischen Rivalen:

"Die EU sollte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), der europäischen Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik ihr multilaterales Engagement verstärken und ggf. Trends zu unilateralem Verhalten gegensteuern." Dabei soll die EU als "kooperative Weltmacht" anstelle von den "europäischen Juniorpartnern der Vergangenheit" ein "gleichberechtigter 'Partner EU' mit Verhandlungsmacht und zivilem weltpolitischem Gestaltungswillen" werden. Wie militaristisch der 'zivile weltpolitische Gestaltungswille' in Wirklichkeit ist, zeigen u.a. die Anstrengungen der EU zum Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe.

Die PDS-Abgeordneten "halten die einzelnen Ausführungen im Bericht der AG Global Governance nicht für falsch und stimmen ihnen deshalb zu" (Minderheitsvotum der PDS). Es handele sich um "einen konsensualen Bericht ..., der immerhin auch in unserem Sinne vernünftige Empfehlungen enthält" (ebd.). So bewerben sich diese Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung und Linken um die regierungsamtliche Geschäftsführung des deutschen Imperialismus.

Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg hat bei vielen Deutschen eine Abneigung gegen erneute militärische Abenteuer hervorgerufen. Der Überfall der Wehrmacht auf Europa hat bei den imperialistischen Konkurrenten und deren Untertanen ein besonders tiefes Misstrauen gegenüber dem deutschen Militarismus bewirkt. Daher war der deutsche Imperialismus in seiner Selbstdarstellung lange - zum Teil bis heute - gezwungen, Kreide zu fressen. Kombiniert mit Jahrzehnten, in denen die Bundeswehr in der Tat als Spätfolge der Niederlage der Wehrmacht nicht direkt und offensichtlich an militärischen Konflikten teilnahm, erleichterte dies nicht nur in Teilen der bürgerlichen, öffentlichen Meinung, sondern auch in großen Teilen der deutschen Linken, die Illusion, der deutsche Imperialismus

sei weniger aggressiv, ziviler und besonnener als der amerikanische 'Cowboy-Imperialismus'.

Dieser Illusion steht nicht nur die sozialdemokratisch geführte Teilnahme am geostrategisch motivierten NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999 entgegen. Dessen Tarnung als humanitärer Einsatz hatte insofern funktioniert, als die Proteste dagegen relativ gering und isoliert blieben. Genauer betrachtet war dieser Krieg jedoch nur der vorläufige Höhepunkt einer kontinuierlichen Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik seit 1945, die *eindeutig* nicht auf humanitäre Konfliktlösung sondern auf gewaltsame Interessendurchsetzung zielt.

Remilitarisierung des deutschen Imperialismus

Tatsache ist, dass in Westdeutschland nicht nur die deutsche Bourgeoisie sondern auch der deutsche Imperialismus den Zusammenbruch des Faschismus überlebte. Zunächst politisch und militärisch entmachtet, gewann das nach wie vor ökonomisch starke deutsche Kapital bald Kernbestandteile seiner politischen Souveränität zurück und erhielt wieder einen eigenen Staat, der sich zügig mit dem Einverständnis der Verbündeten wiederbewaffnete. Diese Staatsmacht wurde im Rahmen der NATO als antisowjetischer Frontstaat gründlich aufgerüstet und remilitarisiert. Sie war im eigenen Interesse fester Bestandteil der von der NATO konzentrierten militärischen Aggression gegen die deformierten Arbeiterstaaten des Warschauer Pakts.

In den 80ern appellierte die schwarz-rot-goldene Friedensbewegung gegen die NATO-Doppelbeschlüsse zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa an die SPD-geführte Bundesregierung, sich den amerikanischen Rüstungsplänen zu widersetzen und sich nicht vom 'großen Bruder' in Washington unter Druck setzen zu lassen. In Wirklichkeit ging die Stationierung von Pershing-II- und Cruise-Missile-Mittelstreckenraketen in Deutschland und Westeuropa im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses auf eine Anregung des SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt vom Oktober 1977 zurück. Mit diesen Raketen wäre im Ernstfall Osteuropa erneut in verbrannte Erde verwandelt worden.

Bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei

Die deutsche Militärstrategie und Sicherheitspolitik beschränkte sich jedoch schon damals nicht auf die europäische Frontlinie des Kalten Krieges: "Erste Ansätze zu einem 'Militarismus der BRD mit globaler Funktion' lassen sich bis zur Mitte der 70er Jahre zurückverfolgen. Zum entscheidenden Datum wurde auch hier die Ölkrise der Jahre 1973/74" (Rainer Falk: Die heimliche Kolonialmacht - Bundesrepublik und Dritte Welt; S. 162). In diesem Sinne forderte das Weißbuch des SPD-geführten Verteidigungsministeriums von 1975/76 "entschlossene(n) Aktivitäten gegen die 'dirigistische' Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung" (ebd., S. 163) - d.h. die entschlossene Verteidigung der Unterentwicklung.

Parallel zu einer sogenannten Nachrüstung bei Mittelstreckenraketen definierte Kanzler Helmut Schmidt

als "mindestens gleichrangige Aufgaben westlicher Sicherheitspolitik ... die 'Sicherung eines freien Weltwirtschaftssystems', die 'Sicherung der Rohstoff- und Energiezufuhr' und die Erschließung von Rohstoffressourcen nebst der dazu notwendigen Garantie von Privatinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt" (ebd., S. 165 f.). Das Weißbuch von 1979 forderte entsprechend, "daß Versorgungsrouten für lebenswichtige Güter offen und gesichert bleiben". Damit wurde bereits in den 70ern das Sicherheitsinteresse des deutschen Imperialismus offen in Richtung weltweiter Interventionen definiert. In einer von Außenminister Genscher (FDP) im März 1981 offiziell begrüßten Studie hieß es: "Wenn westliche Interessen auf dem Spiel stehen, sollten Europa und die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Notwendigkeit westlicher Interventionsfähigkeit einig sein ... Im Falle innerer Unruhen, die westliche Interessen gefährden, sollten wir die Fähigkeit haben, auf Seiten jeder befreundeten Macht einzugreifen." Die zentrale Aussage dieser Studie "Sicherheit des Westens" war, dass eben diese Sicherheit nicht nur in Europa sondern auch im Nahen und Mittleren Osten entschieden würde. Zur Lösung dieser Aufgabe wurde eine verstärkte Arbeits- und Lastenteilung vorgeschlagen, bei der die USA eine Schnelle Eingreiftruppe, die Rapid Deployment Force (RDF), aufbauen und die BRD einen stärkeren sogenannten Verteidigungsbeitrag in Europa übernimmt: Dies beinhaltete:

- die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD,
- die Unterzeichnung von "AirLand Battle 2000", eines deutsch-amerikanischen, militärisch operativen atomaren Angriffsplans (beschönigend "Vorneverteidigung" genannt) gegen den Warschauer Pakt,
- eine jährliche Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben um 3 %, .
- die Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundesmarine bis Norwegen,
- dass die BRD zu einem der Hauptlieferanten von Waffen an befreundete Regierungen in Spannungsgebieten wurde, wie dem Mittleren Osten, wo man neben Israel und dem Iran z.B. plante, 300 Leopard-II-Panzer an Saudi-Arabien zu liefern,
- umfangreiche deutsche Militär- und Polizeihilfe an befreundete Diktaturen in Chile, Argentinien, der Türkei u.a. zu geben.
- volle logistische Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe RDF.

Zurecht schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.7.1982: "Materiell bleibt sich gleich, ob die Europäer sich ... selbst beteiligen oder amerikanische Kräfte in Europa oder für Europa freimachen, die dann für Krisen im Mittleren Osten bereitgestellt werden können." Das gleiche gilt übrigens für deutsche Soldaten, die heute hier oder anderswo im Rahmen von 'Bündnisverpflichtungen' oder des 'Kampfes gegen den Terror' Lücken schließen, die gegen den Irak abrückende amerikanische Truppen hinterlassen.

Obwohl es in den 70er und 80er Jahren noch keine Kriegseinsätze deutscher Soldaten gab, war die BRD also doch ideell wie materiell voll und ganz in die auch militärische Absicherung der imperialistischen Unterwerfung neokolonialer Einflusssphären durch das NATO-Bündnis eingebunden: Bei jeder Schweinerei war damals schon die

BRD dabei.

Sofern bis Ende der 80er angesichts fehlender deutscher Auslandseinsätze ein Unterschied zwischen BRD und USA bestand, war es der von 'guter Bulle, böser Bulle', die im NATO-Team arbeitsteilig das gemeinsame imperiale Ziel verfolgen. Diese von der sozialliberalen Koalition betriebene Außen- und Sicherheitspolitik wurde von der Kohlregierung fortgesetzt. In seiner Regierungserklärung vom Mai 1983 sagte Helmut Kohl: "Jeder weiß, daß unsere vitalen Interessen über den NATO-Vertragsbereich hinausreichen. Deshalb brauchen und üben wir Solidarität und enge Abstimmung mit den Verbündeten, die weltweite Verantwortung übernommen haben" - d.h. die weltweit intervenieren.

Die Existenz der UdSSR und der anderen deformierten Arbeiterstaaten dämmte, kombiniert mit der Überlegenheit der USA, die imperialistische Konkurrenz ein und förderte eine global aktive antikommunistische Kooperation. Doch bei aller Solidarität und engen Abstimmung wurde die Konkurrenz nicht ausgeschaltet sondern wirkte unter der Form der Kooperation fort.

Angesichts des verstärkten internationalen Engagements der BRD im Rahmen der westlichen außenpolitischen Arbeitsteilung schrieb der Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien, Christoph Bertram, am 5. 12. 1977 in der FAZ in dem Artikel "Was anders sein wird in den achtziger Jahren. Elemente zukünftiger deutscher Sicherheitspolitik":

"die Bundesrepublik wird, ob sie es will oder nicht, in politische Konflikte hineingesaugt werden (die sie bisher vermeiden konnte) und damit auch in Positionen, die denen ihrer Verbündeten, nicht zuletzt den Vereinigten Staaten, zuwiderlaufen könnten."

Bereits 1975 formulierte Hans-Dietrich Genscher unmissverständlich Deutschlands Griff zur Weltmacht:

"Der Bonner Außenminister verteilte [während einer Lateinamerikareise] im Gespräch mit seinen Reisebegleitern die Welt. Den USA wies er Asien als Einflussphäre zu, die Bundesrepublik, vom Bonner Außenminister wie selbstverständlich in einer Reihe mit der westlichen Supermacht genannt, soll sich als 'geborener Partner' um die Mittelmeerränder in Südeuropa, Nahost und Nordafrika, um Schwarzafrika und Lateinamerika kümmern. Bonn, so dozierte der AA-Chef, müsse als Führungsmacht Europas überall dort einspringen, wo die Amerikaner, Briten und Franzosen aus ihren angestammten Positionen verdrängt werden" (*Der Spiegel*, 24.11. 1975).

Bis Ende der 80er gab es allerdings noch keine eigenständige militärische Option des deutschen Imperialismus, und der Zwang zur Kooperation setzte den konkurrierenden nationalen Interessen Grenzen. So erläuterte die Bundesregierung 1982 vitale Interessen als "außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen" (Rainer Falk: a.a.O., S. 190).

Mit der konterrevolutionären Niederlage der UdSSR 1991 fielen die externen Fesseln der imperialistischen Konkurrenz. Durch den Wiederanschlusses der DDR an den westdeutschen Imperialismus 1990 stiegen insbesondere die Möglichkeiten zur Durchsetzung weltweiter deutscher Kampfeinsätze. Der bisherigen Arbeitsteilung 'guter Bulle, böser Bulle' im Rahmen der NATO-Weltpolizei



Karl Liebknecht 1914: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

wurde die Grundlage entzogen. Die NATO verliert seitdem zunehmend an Bedeutung. Die BRD strebt(e) nun danach, bei Bedarf selbst als böser Bulle praktizieren zu können. Diese Entwicklung wurde von der Kohlregierung, u.a. mit der Legitimation und Durchführung von UN-Blauhelmeinsätzen, eingeleitet. Der sozialdemokratische Kanzler Schröder und der grüne Außenminister Fischer krönten die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik vorläufig mit dem Angriffskrieg auf Jugoslawien.

Weltmacht-Ambitionen: Deutsche Bourgeoisie rüstet zum Krieg

Das zentrale und bis heute gültige Dokument der neuen deutschen Verteidigungsstrategie sind die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992. Dort wird die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" nicht mehr, wie früher, als Sicherheitsinteresse des westlichen Bündnisses formuliert sondern als direkter Auftrag der Bundeswehr. "Verteidigungsvorsorge kann künftig nicht auf das eigene Territorium beschränkt bleiben"; sie müsse sich vielmehr an den weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen der BRD orientieren. In diesem Papier steht als *Schlussfolgerung aus ebenso wie als Beitrag zu den steigenden inner-imperialistischen Spannungen* wieder offen das nationale Interesse, d.h. das Interesse der deutschen Bourgeoisie, im Mittelpunkt:

"Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates."

Da "sich Deutschland als Nichtnuklearmacht und kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen nicht allein behaupten kann", wird die Bündnisbindung in der NATO nicht aufgegeben sondern um den Aufbau der eigenen und besonders der europäischen Interventionsfähigkeit ergänzt. Das deutsche Kapital und seine Politiker hoffen, durch ihre Dominanz in der EU zu weltpolitischem Gewicht zu gelangen.

Auf der Grundlage dieser Strategie wird die Bundeswehr seither umstrukturiert und neu bewaffnet. Im Interesse der weltweiten Interventionsfähigkeit werden ca. 50.000 Mann starke deutsche Krisenreaktionskräfte aufgebaut. Gleichzeitig ist die BRD an vielen bi- und multinationalen Korps in der EU und WEU beteiligt. Das niederländische Heer etwa ist völlig im deutsch-niederländischen Korps aufgegangen. So vervielfältigt Deutschland seine Schlagkraft und sichert sich eine Dominanz in internationalen Strukturen, so dass ohne deutsche Mitsprache ein militärisches Handeln in Europa nicht mehr möglich ist.

Diese Umstrukturierung erfordert eine Umrüstung der Bundeswehr und zugleich eine funktionierende, von den USA unabhängige, deutsche bzw. europäische Rüstungsindustrie (wie die Daimler-Tochter DASA und das europäische Airbusprojekt):

"Die Ausrüstung der Streitkräfte wird nach dem militärischen Bedarf und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesteuert. Die Notwendigkeit, die Bundeswehr in sich ausgewogen und über die Zeit modern zu halten, muß zugleich im richtigen Verhältnis zur Forderung stehen, die sicherheitspolitisch begründeten wehrtechnischen Mindestfähigkeiten der Industrie zu erhalten", heißt es im Bundeswehrplan 1997.

Der Militärexperte Tobias Pflüger kam bei Recherchen 1997 auf 215 Rüstungsprojekte im Umfang von ca. 200 Milliarden Mark. Auch in Zeiten ökonomischer Krise und sinkender Staatseinnahmen wie heute wird die Neubewaffnung der Bundeswehr mit weiteren Projekten, wie einem neuen Schützenpanzer oder dem Großraumtransporter Airbus A400-M, fortgesetzt. Der finanzielle Freiraum dafür wird durch systematische Angriffe auf Arbeiter, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Rentner und Sozialhilfeempfänger geschaffen. Der Aufbau von Interventionstruppen ist ein Krisenreaktionsprogramm ganz eigener Art: Die Ausbeute, die das nationale Kapital in der Weltmarktkonkurrenz erzielt, hängt entscheidend ab von der Stärke seines Nationalstaates in der Weltmacht Konkurrenz. In diesem Sinne setzt sich die Bundesregierung für den Ausbau eigener Krisenreaktionskräfte sowie für eine ca. 60.000 Mann starke europäische Eingreiftruppe ein, die fähig sein soll, ein Jahr lang im Umkreis von mindestens 3.000 km um Europa Krieg zu führen.

Für die Weltrevolution Gegen den Hauptfeind

Ein Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, wie der Einsatz militärischer Mittel und diplomatischer Bemühungen erstens Hand in Hand gehen und zweitens die jeweilige Gewichtung im Laufe der Zeit wechseln kann. Während der amerikanische Imperialismus erst relativ spät direkt militärisch in die beiden Weltkriege eingriff, die der deutsche Imperialismus angefangen hatte, mimt heute der deutsche Kriegskanzler den Besonnenen. Hier ist es angebracht, Hertha-Däubler Gmelins Vergleich der Politik Bushs mit der Hitlers um einen Vergleich mit Schröder zu erweitern. Im Umfeld der Berliner Olympiade von 1936 spielte Hitler vor den Augen der Welt den Friedlichen aus einem Grund: Er wollte 1936 noch keinen Krieg, weil Deutschland noch nicht gut genug gerüstet war. Auch heute muss Deutschland erst auf- und umrüsten, um welt-



Aber im Schlepptau des 'Freundschaftskanzler'? Berlin, 26.10.2002

weit wieder Krieg führen zu können. Deshalb möchte Schröder gern mit diplomatischen Mitteln die militärische Aufteilung der Welt verschieben, um bis dahin u.a. Airbustransporter und eine schlagkräftige, weltweit einsetzbare europäische Eingreiftruppe aufzubauen. Diese wahren Absichten sind keine kommunistischen Phantasien oder Staatsgeheimnisse sondern der laufenden Tagespresse zu entnehmen. Es macht auch keinen Sinn für die Herrschenden, daraus ein großes Geheimnis zu machen; schließlich ist eine der innenpolitischen Hauptaufgaben der deutschen Mobilmachung die Einstimmung der Bevölkerung auf Eisen, Blut und Tränen.

Letzten Endes spielt es aber auch keine entscheidende Rolle, welcher Imperialismus zur Zeit welche Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen bevorzugt: Jeder setzt die Palette von Diplomatie bis Krieg ein, um unter den gegebenen Bedingungen gemäß seinen Möglichkeiten das Beste für das eigene nationale Kapital herauszuschlagen und mittel- bis langfristig die eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme zu stärken. Auf dieser Grundlage vollzieht sich ein unerbittlicher Konkurrenzkampf um die ökonomische und territoriale Aufteilung der Welt. Wenn morgen die USA den Irak bekriegen, dann tun sie das getrieben von der imperialistischen Konkurrenz. Der Imperialismus (in seiner ganzen Bandbreite von neokolonialer ökonomischer Ausplünderung u.a. Lateinamerikas bis zur kolonialen militärischen Besatzung z.B. des Kosovo, Bosniens und Afghanistans) wird aber vom deutschen Kapital nicht weniger enthusiastisch betrieben und entschieden verteidigt, als von den anderen Herren dieser Welt.

Das imperialistische System weltweit durch sozialistische Revolutionen zu beseitigen, ist der einzige Weg, Krieg und Elend vom Angesicht der Erde auszutilgen und die ungeheuren technologischen Möglichkeiten zum Wohle, statt zur Vernichtung, der Menschheit einzusetzen. Auf diesem Weg ist der Klassenkampf (wie es Marx und Engels im Kommunistischen Manifest schrieben) dem Inhalt nach international, der Form nach national. Das Kapital organisiert seine politische Herrschaft nämlich nationalstaatlich. Im Kampf gegen das kapitalistische Weltssystem von Ausbeutung und Unterdrückung muss die multi-ethnische Arbeiterklasse in Deutschland vor allem zunächst ihre 'eigene' imperialistische Bourgeoisie und deren Staat stürzen:

Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Statt anti-amerikanischem, pazifistischem Burgfrieden mit der eigenen 'rot'-grünen Regierung: Widerstand gegen den US-geführten Irak-Krieg heißt Klassenkampf gegen die deutsche Bourgeoisie!

Nachdruck aus *BOLSCHEWIK-Extra* (Oktober 2002):

Deutsche Linke: Im Schlepptau des 'Friedenskanzlers'

Eine antideutsche bzw. antinationale Minderheit wird sich wie schon 1991 mit pro-zionistischen Begründungen gegen Deutschland auf die Seite der kriegsführenden Imperialisten stellen und dabei ihr rassistisches Wahnkonstrukt eines arabischen "Mordkollektivs" bemühen. Sie sind damit offen zu Anwälten der globalen Sklavenhalter geworden.

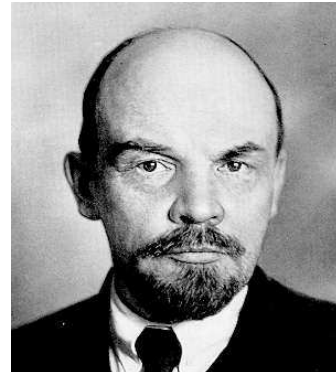
Doch die vorherrschende Richtung unter den üblichen Verdächtigen der Friedensbewegung von DGB bis PDS und deren 'linken' Anhängseln befindet sich im anti-amerikanischen, schwarz-rot-goldenen Schlepptau von Schröder und Fischer, bezieht sich positiv auf deren "deutschen Weg" und setzt auf Appelle an die imperialistische Regierung, ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Dem schloss sich ein Sprecher der Red Community NRW (RC-NRW) an:

"Zum Beispiel könnte es am ersten Samstag nach Kriegsbeginn eine große Manifestation etwa in Köln geben - mit der Forderung an die Bundesregierung, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Das heißt konkret: keine Überflugrechte, keine Nutzung der US-Militärbasen und keine finanzielle Unterstützung." (junge welt, 16.09.2002)

Die RC-NRW hat zusammen mit der Antiimperialistischen Koordination Wien (AIK) und Teilen der Internationalen Leninistischen Strömung (ILS) einen "Aufruf gegen den drohenden Krieg gegen den Irak" unterzeichnet (www.antiimperialista.com), in dem an die Bundesregierung statt die Arbeiterbewegung appelliert wird. Zwar meinen die Unterzeichner, der "Widerstand gegen die imperialistische Einmischung ist gerechtfertigt", scheuen sich aber konsequent zur Verteidigung des Iraks aufzurufen. Denn der ganze Aufruf steht durchgängig unter dem letztlich pazifistischen Motto: "Stoppt den Krieg gegen den Irak!" sowie "Schluss mit den Bombardierungen!" (ebd.). Wer nicht offen für die militärische Verteidigung gegen die laufenden Bombardierungen eintritt, wird wohl auf einen zukünftigen Krieg kaum anders

"Der Sinn von Losungen, die man aufstellt, muß darin bestehen, daß in der Propaganda und Agitation den Massen der unversöhnliche Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus (Imperialismus) klargestellt wird, nicht aber darin, daß man zwei feindliche Klassen und zwei feindliche politische Richtungen mit Hilfe eines Schlagwortes versöhnt, das die aller verschiedensten Dinge 'vereinigt'." (Lenin-Werke Bd. 21, S. 290)



"Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse."

"Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, daß man ihm Vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt, und es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegsführenden Länder machen. Insbesondere ist der Gedanke grundfalsch, daß ein sogenannter demokratischer Frieden ohne eine Reihe von Revolutionen möglich sei." (ebd., S. 152)

reagieren. Das verwischt aber das **Wesentliche und Grundsätzliche: Die Klassenlinie in der Kriegsfrage!** Das objektive Arbeiterinteresse verlangt eine Niederlage des Imperialismus durch die erfolgreiche Verteidigung des Iraks. Das bürgerliche Interesse verlangt dagegen u.a. die sozialpazifistische Unschädlichmachung der Arbeiterbewegung und Linken, so dass sie der Kriegsmaschinerie des 'eigenen' Hauptfeindes nicht in den Arm fallen können. Der Aufruf ist inspiriert vom fatalen Geist stalinistisch-maoistischer Volksfrontpolitik, die sich in der Kriegsfrage durch bürgerlichen Sozialpazifismus äußert. Die Aufrufer sprechen vom "Recht auf Selbstverteidigung" (ebd.) des Irak - für uns heißt dies im Kriegsfall für Aktionseinheiten auf der Grundlage seiner militärischen Verteidigung einzutreten. Doch RC-NRW, die AIK, die ILS und Co. neigen zur mit einigen (eher nach innen als nach außen gerichteten) radikalen Worten garnierten Anpassung an die Illusionen der politisch bürgerlichen Friedensbewegung. Derartige Illusionen schaden der



Pazifistische PDS-Linke um den Pseudotrotzkisten Winfried Wolf (rechts) im Parlament beim Besuch von Bush

Arbeiterbewegung und Linken, weil sie vom richtigen Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land ablenken: Die 'rot'-grüne Kriegsregierung muss nicht unter Druck gesetzt sondern durch eine Arbeiterregierung gestürzt werden. Diese Strategie erlaubt auch aktuell nur eine Taktik:

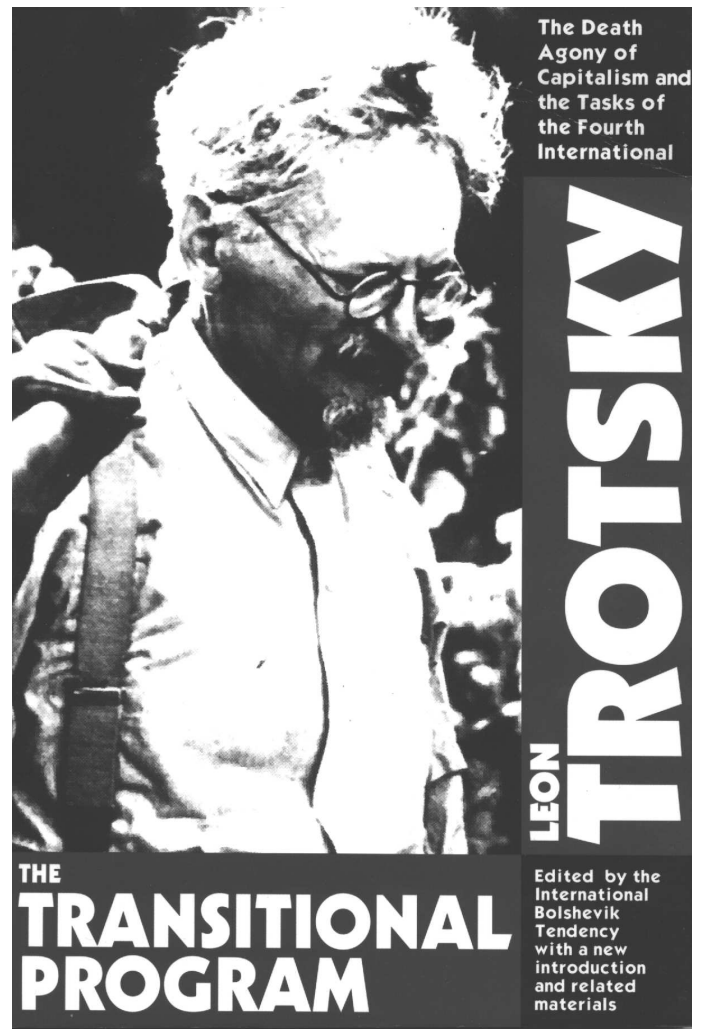
Nicht an die Regierung *appellieren* sondern ihr durch Klassenkampfaktionen das imperialistische Handwerk legen: **Arbeiteraktionen müssen (Flug-)Häfen dichtmachen; Wehrpflichtige müssen die Gewehre umdrehen.**

Auch vorgeblich trotzkistische Organisationen versagen, wenn es darum geht, jede Zweideutigkeit zu vermeiden und konsequent die Wahrheit zu sagen: Klassenbewusste Arbeiter und Arbeiterinnen stehen in diesem Krieg auf der Seite des Irak. Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) fordert zwar "Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne - Nein zu Kriegen für die Profite der Reichen". Doch dies macht ihre Position nur *sozial/pazifistisch* statt allein pazifistisch: Denn das Entscheidende, dass Sozialisten für die Niederlage des Imperialismus und den Sieg des Irak eintreten müssen, verschweigen sie konsequent. Stattdessen treiben sie eine politisch klassenübergreifende "Stoppt den Krieg"-Propaganda (www.sozialismus.info).

Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) behauptet bisher noch sie sei "im Kriegsfall: Für die Niederlage des Imperialismus und für die Verteidigung des Irak!" (www.arbeitermacht.de). In einer Erklärung ihrer internationalen Organisation LRKI steht: "Wenn der Kampf ausbricht, müssen wir **klar und unzweideutig** die totale Niederlage der imperialistischen Invasion und den Sieg des irakischen Widerstandes fordern. **Dies allein** unterscheidet die revolutionäre Opposition gegen den Krieg von jener, die einfach 'Frieden' oder eine UN-Intervention bzw. -Vermittlung fordert" (www.workerspower.com, unsere Hervorhebung).

Nur "dies allein" interessiert die GAM/LRKI in der Praxis für gewöhnlich wenig. Anlässlich des Afghanistan-Krieges verkündeten sie eine gleiche Verteidigungslosung, aber in der Praxis schloss sich ihre britische Mutterorganisation Workers Power dem (klein-)bürgerlichen pazifistischen Sumpf der "Stop the War"-Coalition an. Dort unterstützten sie den Antrag der SWP (britische Mutterorganisation von Linksruck), "das Ziel der Koalition soll ganz einfach sein: den Krieg zu stoppen ...", denn "jeder Krieg wird einfach ... ungezähltes Leid, politische und wirtschaftliche Instabilität von globalem Ausmaß verursachen, Rassismus stärken und zu Angriffen auf bürgerliche Freiheiten führen". Dieses pazifistische Gewäsch verdeckt das für jeden Marxisten Wesentliche: **Es gibt ungerichte und gerechte Kriege** und jede Gegenwehr unterdrückter Nationen gegen ihre Unterdrücker ist nicht nur berechtigt sondern auch unbedingt unterstützenswert (www.bolshevik.org/Leaflets/WP5Nov.html).

Gleichzeitig verweigerte Workers Power (LRKI) sich in der Tat "klar und unzweideutig" der Aufforderung unserer Londoner Genossen zum Aufbau von Aktionseinheiten zur Verteidigung des Irak. Dieser Unterschied zwischen Reden und Handeln ist typisch für zentristische Organisationen, die Trotzki als revolutionär in Worten und reformistisch in Taten kennzeichnete.



Preis 10 Euro. Bestellungen an die Redaktionsadresse.

Lest den BOLSCHEWIK!

Auch ältere Ausgaben des BOLSCHEWIK können über die Redaktionsadresse bezogen werden, unter anderem

BOLSCHEWIK Nr. 13

*Die Linke
zwischen den Kriegen
(Eine Kritik an linken
Positionen während des
Krieges gegen Jugoslawien)*

BOLSCHEWIK Nr. 15

Revolutionärer Antifaschismus

BOLSCHEWIK Nr. 16

*Permanente Revolution
und Palästina*

BOLSCHEWIK Nr. 17

*Arbeitermacht statt Gottesstaat
Afghanistan & Antiimperialismus*

BOLSCHEWIK Nr. 18

*Keine Stimme für SPD und PDS! Revolutionäre
Arbeitermobilisierung gegen imperialistische
Mobilmachung*



www.bolshevik.org



Trotzkisten fusionieren

Im Mai 2002 haben sich Gruppe Spartakus (Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz) und die Gruppe Leo Trotzki zur Internationalen Bolschewistischen Tendenz Deutschland zusammengeschlossen. Im folgenden drucken wir die Erklärung zur Vereinigung der Gruppen ab.



Gruppe Spartakus: Verteidigung des Trotzkismus

Die Gruppe Spartakus entstand 1990 durch die Fusion der Gruppe Vierte Internationale mit der Bolschewistischen Tendenz. Sie ist die deutsche Sektion der trotzkistischen Internationalen Bolschewistischen Tendenz. Deren Ziel ist der Wiederaufbau einer Weltpartei der Sozialistischen Revolution. Programmatisch und personell hat die Internationale Bolschewistische Tendenz ihre Wurzeln in der einst revolutionären international Spartacist Tendency vor ihrem organisatorischen und politischen Niedergang Ende der 70er Jahre.

Seit dem konterrevolutionären Ende der Warschauer-Pakt-Staaten erleben wir eine Phase geringer Klassenkämpfe. Angesichts der globalen kapitalistischen und imperialistischen Offensive betrachtet es die Gruppe Spartakus als eine Hauptaufgabe, das marxistische Programm gegen den Anpassungsdruck zu bewahren und auf die heutige Wirklichkeit anzuwenden: zum Beispiel als Leitfaden für den Kampf gegen den erstarkenden Rassismus und Faschismus gegen die imperialistische Globalisierung und Mobilmachung ebenso wie gegen die reformistische Unterordnung der Arbeiter und Linken unter die Interessen des deutschen Kapitals durch DGB-Bürokratie, SPD und PDS.

In diesem Rahmen verteidigt die Gruppe Spartakus, u.a. durch die Herausgabe ihres Organs *BOLSCHEWIK*, dieses politische Erbe ideologisch gegen den reformistischen wie zentristischen Revisionismus in der Arbeiterbewegung und Linken. Die richtige politische Theorie ist eine Voraussetzung für den praktischen Sturz des Kapitalismus. Als kleine Propagandagruppe hat die Gruppe Spartakus sich auch wiederholt nach Kräften an exemplarischen Aktionen beteiligt, insbesondere an Aktionseinheiten gegen Faschisten, polizeiliche Übergriffe auf linke türkische und kurdische Kulturvereine für die Freilassung von Mumia Abu Jamal und für eine Demonstration zur Verteidigung Jugoslawiens gegen die NATO-Angriffe.

Angesichts einer schrumpfenden kleinbürgerlichen und proletarischen Linken nimmt zwar die Gewinnung ganz neuer Aktivistinnen und Aktivisten für den revolutionären Kampf relativ an Bedeutung zu, dennoch bleibt die Umgruppierung subjektiver Revolutionäre eine vorrangige Aufgabe. Der Aufbau einer revolutionären Partei und Internationale kann nur durch einen Prozess prinzipienfester politischer Diskussion und Klärung unter den Gegnern des Kapitalismus erfolgen; organisatorisch entspricht dem ein Prozess von Spaltungen und Fusionen.

Gruppe Leo Trotzki: Vom Pabloismus zum Trotzkismus

Die Gruppe Leo Trotzki setzte sich aus Genossen zusammen, die sich vom Pabloismus (namentlich von dem der "Leninistischen Tendenz" im Revolutionär-Sozialistischen Bund/München und ihren Nachfolgeorganisationen) unter dem Einfluss von Publikationen der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) nach links entwickelt hatten. Insofern die SpAD das politische Erbe der revolutionären Spartacist League der 70er Jahre noch in deformierter Form weiterträgt, war es ihr möglich, einen Bruch der Genossen in München mit dem Pabloismus einzuleiten. Andererseits waren ihr hysterisches Auftreten und ihre organisatorische Degeneration so abstoßend, dass sie nicht in der Lage war, diesen jungen Kommunisten eine neue politische Heimat zu bieten. Deshalb gründeten sie die "Gruppe Leo Trotzki". Sie vertraten als eine von wenigen Organisation konsequent eine revolutionäre Position zur imperialistischen Intervention in Afghanistan (siehe *Theorie und Aktion* Nr. 2). Neben Propagandatätigkeiten, wie der Herausgabe ihrer Zeitung, widmete sich die Gruppe Leo Trotzki der Diskussion programmatischer Fragen. Nachdem sie sich so politisch konsolidiert hatte, suchte die Gruppe Leo Trotzki nach Partnern für eine Umgruppierung auf der Grundlage fester Prinzipien. Nach der Lektüre des *BOLSCHEWIK* Nr. 16 und 17 nahmen die Genossen der Gruppe Leo Trotzki zu diesem Zweck den Kontakt mit der Gruppe Spartakus auf.

Zuerst das Programm

Der Fusion vorausgegangen war ein gründlicher programmatischer Diskussionsprozess. In dessen Verlauf zeigten sich u.a. folgende bestehende Übereinstimmungen:

In der Frage des imperialistischen Krieges:

Beide Organisationen traten von vornherein prinzipiell für die militärische Verteidigung nicht-imperialistischer Länder gegen imperialistische Angriffe, wie z. B. in Afghanistan seit 2001, ein. Darüber hinaus waren und sind wir grundsätzlich für die Niederlage des Imperialismus und des Hauptfeindes im "eigenen" imperialistischen Land. In Kriegen zwischen imperialistischen Ländern wie dem Ersten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg zwischen der imperialistisch-faschistischen "Achse Berlin-Rom-Tokio" und den imperialistisch-demokratischen Westalliierten, treten wir als Internationalisten auf beiden Seite für die Niederlage und die Umwandlung des Krieges in einen revolutionären Klassenkrieg ein.

In der Anwendung der permanenten Revolution und der leninistischen Position zur nationalen Frage in Regionen mit vermischten Völkerschaften (Israel/Palästina, Nordirland, Bosnien etc.):

In diesen Fällen ist eine Beseitigung des nationalen Haders auf Grundlage zweier getrennter bürgerlicher Staaten nicht möglich. In Israel/Palästina z. B. äußert sich dies im Kern in der Perspektive eines binationalen Arbeiterstaates im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Mittleren und Nahen Ostens. In Folge dieser Übereinstimmung in einer Gretchenfrage der deutschen Linken druckte die Gruppe Leo Trotzki in der Phase brüderlicher Beziehungen mit der Gruppe Spartakus deren Artikel "Palästina und Permanente Revolution" in ihrer *Theorie und Aktion* Nr. 3 ab.

In der Ablehnung von Propagandablöcken und der strategischen Einheitsfront einerseits und der richtigen Anwendung der Einheitsfront als Taktik andererseits:

Ausführlich sind die Vorstellungen der IBT zur Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die revolutionäre Partei dargestellt u.a. in: "Building the Revolutionary Party and United Front Tactics" (www.bolshevik.org/OPUB/BTRP.ZIP) und "Reformismus, Antifaschistischer Kampf und Revolutionäre Bündnispolitik" (www.bolshevik.org/deutsch/15/15unitedfront.html).

In diesem Zusammenhang stimmten beide Gruppen auch darin überein, unter welchen konkreten Umständen bürgerlichen Arbeiterparteien eine sogenannte kritische Wahlunterstützung erteilt werden kann (siehe *BOLSCHEWIK* Nr. 18, "Kritische Wahlunterstützung als revolutionäre Taktik").

Im Verständnis des Übergangsprogramms:

Das Übergangsprogramm wurde von Trotzki und der Vierten Internationale als Einheit bzw. System von Übergangsforderungen konzipiert. Deshalb lehnen wir die pabloistische Methodik ab, das Übergangsprogramm in seine einzelnen Forderungen zu zerlegen und nur die als massenopportunistisch angesehenen zu propagieren, während man den Rest des Programms vor der Arbeiterklasse versteckt. Im bewussten Zusammenhang des ganzen Programms erhalten die einzelnen Losungen eine revolutionäre Dynamik. Nur kombiniert mit der Propagierung des ganzen Übergangsprogramms durch die kommunistische Partei und Gewerkschaftsfraktion kann die praktische Umsetzung einzelner Forderungen in bestimmten Klassenkampfsituationen die Arbeiter dazu bringen, aus ihren Erfahrungen die richtigen, revolutionären Schlüsse zu ziehen. Das Übergangsprogramm hat seine Grundlage in der Reife der objektiven Bedingungen des Sozialismus, und seine Aufgabe ist es, die subjektive Unreife des Proletariats zu überwinden, um es zum Sturz des Kapitalismus zu führen. Als solches betrachten wir das Übergangsprogramm in der ganzen Epoche des Imperialismus als gültig.

In der Frage der Verteidigung der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten:

Nicht nur während des Zweiten Weltkrieges war es die Pflicht von Revolutionären, die Sowjetunion zu verteidigen.

Auch später wurde diese Frage eine Nagelprobe für Trotzlisten.

In dem militärischen Konflikt zwischen der UdSSR und den CIA-gesponserten Mudschaheddin in Afghanistan nach 1979 traten wir für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion ein, ohne dabei stalinophile Illusionen in die Sowjetbürokratie zu haben und zu schüren. Im Falle Polens 1981 traten beide Gruppen für die militärische Unterstützung derjenigen Maßnahmen der Stalinisten ein, die sich gegen die kapitalistischen Restaurateure in Solidarnosc richteten. Dabei verwechseln wir nicht die Verteidigung proletarischer Eigentumsformen mit einer politischen Unterstützung der Stalinisten und übernehmen daher keine Verantwortung für deren Politik. Notwendig war vielmehr der Aufbau einer revolutionären Partei, die für den Sturz der Stalinisten durch proletarisch-politische Revolution eintritt. Der Sieg Jelzins über die Putschisten des Notstandskomitees markierte im August 1991 das Ende des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates. Die Auflösung der UdSSR und ihrer Planungsbehörde, die Einführung der Marktwirtschaft, die Privatisierung von Industrie und Landwirtschaft waren die logische Folge des politischen und militärischen Sieges von Formationen, die der Einführung und Durchsetzung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse verpflichtet waren. Gegen diesen Sieg der kapitalistischen Konterrevolution mussten Trotzlisten den Putschisten militärische Unterstützung gewähren.

Erst Klarheit, dann Einheit

Einen wichtigen Teil der Diskussionen nahm zu Beginn die Kritik der Gruppe Spartakus an der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands ein. Die Genossen der Gruppe Leo Trotzki lehnten Auftreten und Organisationsmethoden der SpAD von vornherein ab und waren an einer darüber hinaus gehenden Kritik der SpAD-Politik besonders interessiert. Im Mittelpunkt stand dabei die DDR-Intervention ab 1989 der SpAD bzw. ihrer Vorläufer. Diese zeichnete sich durch die wirklichkeitsfremde Annahme einer sich angeblich vollziehenden, politischen proletarischen Revolution einerseits und eine opportunistische Anbiederung an die SED bzw. PDS andererseits aus (eine ausführliche Kritik siehe *Trotzkistisches Bulletin* Nr. 1 "Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung"). Aber auch aktuelle Abweichungen der SpAD und ihrer Dachorganisation Internationale Kommunistische Liga wurden diskutiert:

Insbesondere deren explizite Weigerung, angesichts des imperialistischen Überfalls auf Afghanistan die Niederlage der Imperialisten zu propagieren. Dieser Opportunismus stand in klarem Kontrast zu der prinzipienfesten Position von Gruppe Leo Trotzki und Gruppe Spartakus.

In offenen Diskussionen wurden auch die strittigen politischen Fragen geklärt - von denen besonders zwei erwähnenswert sind.

NATO, UCK und "Unabhängiges Kosova"

Beide Gruppen stimmten zunächst überein, dass sich die UCK kurz nach Beginn des NATO-Bombardements der

NATO militärisch unterordnete. Die Gruppe Leo Trotzki hielt aber im Unterschied zu den Genossen der Gruppe Spartakus zunächst an dem Ruf nach Unabhängigkeit als unmittelbarer Losung fest - mit der Begründung, dass die intervenierenden Imperialisten bei der Konferenz in Rambouillet selbst ihr Diktat gegen die Unabhängigkeit des Kosova verkündet hätten. Schließlich kamen wir darin überein, dass der Ruf nach Unabhängigkeit als unmittelbare Forderung bedeutet hätte, für den unmittelbaren Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosova zu kämpfen. Dies wiederum hätte in Abwesenheit irgendeiner Fraktion der kosova-albanischen Nationalbewegung, die gegen den Imperialismus kämpft, schlicht und ergreifend bedeutet, den Boden für die imperialistische Besatzung frei zu räumen. Damit hätten Kommunisten nicht nur die Verteidigung Jugoslawiens gegen den Imperialismus, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht des Kosova verraten. Die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung - besonders durch serbische Kommunisten und Arbeiter - wäre wichtig gewesen, um die albanischen Massen zu erreichen und zu gewinnen. Aber es war unzulässig, darüber hinaus zu gehen, indem man unmittelbar die Unabhängigkeit forderte, nachdem sich die einzig sichtbare Führung der kosova-albanischen Nationalbewegung, die UCK, der NATO nicht nur politisch sondern direkt militärisch untergeordnet hatte. Unsere Verteidigung Serbiens gegen den Imperialismus verneint natürlich nicht das Recht der albanischen (wie jeder anderen) Nationalität auf Selbstverteidigung gegenüber "ethnischen Säuberungen", Pogromen etc..

Immigration, Offene Grenzen und nationales Selbstbestimmungsrecht

In der programmatischen Deklaration der BT "Für den Trotzkiismus!" wurde folgende Passage aus dem Kapitel "Immigration/Emigration" diskutiert:

"Leninisten unterstützen das demokratische Recht aller Menschen, in jedes Land dieser Welt zu emigrieren. Wie bei anderen demokratischen Rechten ist dies jedoch kein kategorischer Imperativ. Wir sind nicht für die Emigration von Leuten, die z.B. die militärische Sicherheit der degenerierten oder deformierten Arbeiterstaaten bedrohen. Das Recht der individuellen Immigration kann, wenn es im großen Maßstab wahrgenommen wird, mit dem Selbstbestimmungsrecht einer kleinen Nation kollidieren. Deshalb verwenden Trotzkiisten den Aufruf für "offene Grenzen" nicht als generelle programmatische Forderung. In den 30er und 40er Jahren in Palästina z.B. legte der massive Zustrom infolge der zionistischen Immigration die Basis für die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser von ihrem eigenen Land."

Die Genossen der Gruppe Leo Trotzki vertraten die Position, dass die jüdische Immigration auf der Flucht vor Massenvernichtung nach Palästina in den 30er und 40er Jahren dem gegenüber gerade ein Beispiel zugunsten der Forderung von offenen Grenzen ist. In diesem Zusammenhang unterschieden sie deutlich zwischen einer generellen Politik der "Offenen Grenzen" als utopischer politischer Strategie und besonderen Fällen, in denen die Forderung nach offenen Grenzen gleichbedeutend mit der Losung "Keine Einwanderungsbeschränkungen" sei - wie

z.B. der Ruf der amerikanischen SWP nach offenen Grenzen für die von den Nazis verfolgten europäischen Juden.

Die Genossen beider Gruppen stimmten darin überein, dass sie alle bürgerlichen und alle rassistischen oder diskriminierenden Einwanderungsbeschränkungen ablehnen. In der Diskussion klärten sie, dass es ein wesentlicher Unterschied ist, ob das Recht auf Immigration in Widerspruch zu einem höheren programmatischen Prinzip (wie der Verteidigung von Arbeiterstaaten) steht oder ob es in Konflikt mit einem anderen demokratischen Recht gerät. So könne z. B. das Recht der Juden auf Immigration und das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser nicht nur unter der britischen Mandats Herrschaft sondern generell auf kapitalistischer Grundlage und unter bürgerlicher Führung (Zionisten gegen Mufti oder palästinensische Nationalisten) miteinander kollidieren. Das bedeute aber **nicht**, dass Kommunisten das eine demokratische Recht dem anderen unterordnen. Sie sind nur nicht so naiv, den Konflikt unter einen Teppich schöner utopischer Floskeln zu kehren.

Die Genossinnen und Genossen der Gruppe Spartakus hoben zum einen hervor, dass der trotzkiistische Kampf für die Öffnung von Grenzen für jüdische Flüchtlinge sich hauptsächlich auf große Länder wie die USA bezog - ein Kampf bei dem die zionistischen Organisationen sie schmählich im Stich ließen, weil ihnen ihr nationalistisches Projekt wichtiger als die Rettung von Millionen Juden war. Darüber hinaus betonte die Gruppe Spartakus, dass der beste Weg zur Rettung der dennoch nach Palästina fliehenden Juden darin bestand, die palästinensischen Arbeiter und armen Bauern für ihre Sache zu gewinnen, d.h. für einen gemeinsamen Kampf gegen den britischen Imperialismus, der die Immigrationsquoten festlegte. Aber dies wäre nicht erleichtert worden, indem man einfach die Forderung nach offenen Grenzen aufstellte, weil sich die Palästinenser angesichts des reaktionären Einflusses der Zionisten durch die Einwanderung bedroht sahen. Eine solche Politik wäre unfähig gewesen, die palästinensischen Massen von ihren reaktionären Führern zu brechen. Durch diese Politik wäre also für die Juden nichts gewonnen gewesen. Da aber der britische Imperialismus nicht nur die Einwanderungsbeschränkungen durchsetzte sondern auch die Palästinenser national unterdrückte, war es nötig und möglich, dass Revolutionäre eine geschickte Agitation entwickelten, die beiden demokratischen Rechten Rechnung trug und sie in ein Programm des gemeinsamen Klassenkampfes integrierte, um so dem möglichen Konflikt den Boden zu entziehen. Denn nur ein Programm des gemeinsamen Klassenkampfes gegen den britischen Imperialismus und für die permanente proletarische Revolution hätte in den 30er Jahren den Weg zur Verwirklichung beider demokratischer Rechte öffnen können.

Kommunisten sind nicht so pessimistisch, dass sie glauben, die jüdischen Arbeiter und Bauern könnten ihren bornierten zionistischen Standpunkt bzw. ihre palästinensischen Klassenbrüder könnten den bornierten nationalistischen Standpunkt ihrer feudalen und kapitalistischen Herren nicht überwinden. Kommunisten sind aber so realistisch, dass sie wissen, dass ohne gemeinsamen Klassenkampf beiden eine Katastrophe droht. Diese



Plakat Mitte: Unrestricted Entry to Nazi Victims
Das revolutionäre Erbe, das wir heute verteidigen:
US-Trotzkisten in New York vor dem deutschen
Konsulat nach dem Novemberpogrom 1938.

Analyse wurde durch die Geschichte leider bestätigt. Hinter der bedingungslosen antideutschen Unterstützung des Zionismus ebenso wie hinter dem Konzept der arabischen Revolution in Palästina steckt ein historischer Pessimismus gegenüber den Möglichkeiten des gemeinsamen Klassenkampfes. Sie drehen so nur mit an einer Spirale, die den Palästinensern Elend und Unterdrückung und den Juden ein bedrohtes Leben in einem großem Getto bietet, das auf Dauer nur durch imperialistische Protektion erhalten wird.

Diesen mutlosen Konzepten, deren Perspektiven über die Vorgaben des bürgerlichen Nationalismus nicht hinausgehen, stellen wir das kühne trotzkistische Programm entgegen, das die berechtigten nationalen Erwartungen mit einem gemeinsamen Klassenkampf gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung verbindet:

"... 3. Die Brücke vom jüdischen Nationalismus zum Klassenkampf

Die Schläge, die den Juden in einem Land nach dem anderen versetzt werden, haben zu einem Wiederaufleben der zionistischen Bewegung und der von vielen vorgeschlagenen nationalen Lösung für die Juden geführt. Was ist unsere Haltung gegenüber Palästina als einem Heimatland für die Juden? Die Vierte Internationale hat sich die Unterstützung des Proletariats für den Kampf unterdrückter Nationalitäten um Selbstbestimmung auf ihr Banner geschrieben. Aber die internationale Zerstreuung der Juden schafft ein besonders Problem, das es in dieser Form für keine andere Nationalität gibt. Palästina ist ein Land, das bereits von einem einheimischen Volk, den Arabern, bewohnt wird. Palästina, als Teil der kapitalistischen Welt betrachtet, kann nichts anderes sein, als der Spielball des Imperialismus, in der gegenwärtigen Zeit insbesondere des britischen Imperialismus. Die Geschichte Palästinas in der Generation seit dem Krieg war genau die gleiche Geschichte der Klassenausbeutung, wie in allen kapitalistischen Ländern. Die Arbeiter in Palästina haben alle Übel des Kapitalismus zu erleiden gehabt. Wir knicken keineswegs gegenüber dem jüdischen Nationalismus ein und betonen folglich all diese Tatsachen. Aber wir müssen versuchen, eine Brücke zu bauen zwischen den unterdrückten jüdischen Massen, die zum jüdischen Nationalismus tendieren und dem Proletariat, insbesondere seiner Vorhut in der Vierten Internationale. Wir müssen den jüdischen Nationalisten klarmachen, dass es selbst zur Durchführung ihres Ideals, ihrer Lösung, notwendig ist, zuerst die Welt des Kapitalismus zu beseitigen. Die Lösung der nationalen jüdischen Frage und der sozialen

Frage der Arbeiterklasse ist eine gemeinsame: die Überwindung des Kapitalismus. Die Juden sind in einer unlösbaren Sackgasse angelangt, weil der Kapitalismus in einer Sackgasse angelangt ist. Nur durch den Klassenkampf werden die Juden einen Weg in die Zukunft finden. In dem wir eine solche Brücke bauen, können wir Lenins Ziel erreichen, dessen Akzeptanz der Formel von der Selbstbestimmung neben anderen Dingen ein weiteres Mittel zur Mobilisierung aller Unterdrückter Seite an Seite mit den Arbeitern gegen den kapitalistischen System bedeutete. Nationale Unterdrückung ist nicht die geringste Form der kapitalistischen Unterdrückung.

4. Der Kampf für eine uneingeschränkte Einwanderung

Angesichts der schrecklichen Not der Juden muss es ein spezieller Punkt im Programm der verschiedenen Sektionen der Vierten Internationale sein, gegen alle Einschränkungen der Immigration, speziell der jüdischen Immigration zu kämpfen. In den USA müssen wir gegen die Errichtung solcher Hindernisse kämpfen, wie den Zwang, durch das Vorzeigen von Geld oder eidesstattlichen Versicherungen zu beweisen, dass der Einwanderer keine Belastung für die Allgemeinheit wird. Ein Teil unseres Einsatzes gegen den Antisemitismus muss die Form eines Kampfes für ein uneingeschränktes Einwanderungsrecht für Flüchtlinge und speziell für Juden annehmen."

(Dokumente der Sitzung des Nationalen Komitees der SWP in New York, 22-25. April 1938, Thesen zur jüdischen Frage)

Vereinigung

Auf der Grundlage dieser politischen Gemeinsamkeiten nahmen beide Gruppen brüderliche Beziehungen auf. In deren Verlauf wurde eine gemeinsame politische und taktische Linie zur Intervention in die Palästinenser-Demonstrationen im Frühjahr 2002 und in die 1. Mai-Demonstrationen entwickelt. Dies ging einher mit einer gemeinsamen Wahlposition. Gegen die Versuche der DGB-Bürokraten, bei den Veranstaltungen zum 1. Mai Schröder Schützenhilfe zu leisten, trugen Gruppe Spartakus und Gruppe Leo Trotzki Plakate mit den gemeinsam verabschiedeten Losungen:

"Krieg, Rassismus, Sozialabbau: Keine Stimme für SPD und PDS! SPD und PDS regieren für den deutschen Imperialismus! Feuere die reformistische Gewerkschaftsführung!"

Auf einem gemeinsamen nationalen Treffen der Gruppe Spartakus und der Gruppe Leo Trotzki wurde die Fusion beider Gruppen zu einer gemeinsamen nationalen Organisation beschlossen.

Diese Organisation ist deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz. Die politische Grundlage der Vereinigung sind das Programm und die Publikationen der IBT sowie folgende Artikel der Gruppe Leo Trotzi (erschieden in ihrer Zeitung "Theorie und Aktion"): "Verteidigt Afghanistan, verteidigt demokratische Rechte!", "Rivalitäten unter Räubern - eine Analyse", "Der Krieg nach innen und die deutsche Antikriegsbewegung" und "Drei Fragen, drei Antworten".

Diese Erfahrung bestärkt die beteiligten Genossen darin, dass wir trotz widriger Umstände nicht den Glauben daran verloren, dass eine vernünftige und ehrliche programmatische Auseinandersetzung im Rahmen der Normen der Arbeiterdemokratie der beste Weg ist, die Kader zu gewinnen und zu erziehen, welche den Kampf für eine zukünftige rationale Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung führen werden.

Fortsetzung von letzter Seite

Klassenkrieg statt Heiligem Krieg! Islam, Imperium & Revolution

Im April 1991 war das sudanesisch fundamentalistische Regime Gastgeber einer internationalen islamistischen Konferenz in Khartum. Unter dem Vorsitz von Hassan al-Turabi, Sudans klerikalem Herrscher, verabschiedeten Delegierte aus 55 Nationen, die Millionen Unterstützer repräsentierten, ein Sechs-Punkte-Manifest, das zur pan-islamischen Einheit und zur Annahme des islamischen Gesetzes, der Scharia, als Regierungsgrundlage in allen moslemischen Ländern aufrief. Die afghanischen Mudschaheddin (damals gerade dabei, das Regime der links-nationalistischen Demokratischen Volkspartei zu stürzen) wurden von Gulbuddin Hekmatyar vertreten, der berüchtigt ist, seit er 1970 unverschleierte Frauen an der Universität von Kabul Säure ins Gesicht goss. Algeriens Islamische Heilsfront (FIS), vertreten durch Abassi Madani, hatte gerade die Regierungspartei in den Kommunalwahlen geschlagen. Überall in der moslemischen Welt hatte der Islamismus Erfolg bei Studenten, jungen Intellektuellen und den unzufriedenen plebejischen Massen.

Seit 1991 haben die Anhänger des Islam jedoch einige Rückschläge erlitten. In Algerien suchen die "gemäßigten" Elemente in der FIS nach mehr Anpassung an die militärischen Herrscher, die die vergangenen vier Jahre versucht haben, die FIS zu zerschlagen. In Afghanistan kämpfen rivalisierende islamische Fraktionen um die Vorherrschaft, während das Land im Chaos versinkt. Sechzehn Jahre nach der Machtübernahme inspiriert Irans Islamische Republik eher Zynismus als Inbrunst. Doch hat der moslemische Fundamentalismus nach wie vor Massenanhang in großen Teilen des Nahen Ostens, und heute wird das Gespenst des militanten Islam von den Weltmächten selbst als Weltmacht angesehen.

Der islamische Fundamentalismus ist jedoch weit davon entfernt, eine geeinte Weltbewegung zu sein. Einige Gruppen suchen Anpassung an Regime, die bereit sind, sich mit dem Islam zu schmücken; andere stehen dem "inneren Ungläubigen" unversöhnlicher gegenüber. Verschiedene Gruppen wenden unterschiedliche Kombinationen aus parlamentarischen, terroristischen und Massenkampf-Taktiken an. Trotz gelegentlicher ökumenischer Erklärungen dauert die sektiererische Trennung zwischen Sunniten und Schiiten an. Der mächtigste islamische Staat, Iran, ist schiitisch und wird daher von 85 Prozent der Muslime, die sunnitisch sind, als ziemlich ketzerisch angesehen. Viele sunnitische Islamisten, einschließlich Turabi, der jetzt ein Verfechter der Ökumene ist, haben Irak im Krieg gegen den Iran im Jahre 1980 unterstützt.

Orthodoxe Muslime glauben, dass der Koran das Wort Gottes ist, dem Propheten Mohammed diktiert, welches nur in Verbindung mit der Hadith (die Reden und Taten des Propheten und der unterschiedlichen muslimischen Führer, den die jeweilige Sekte verehrt) interpretiert werden kann. Liberale Muslime verwenden modernistische

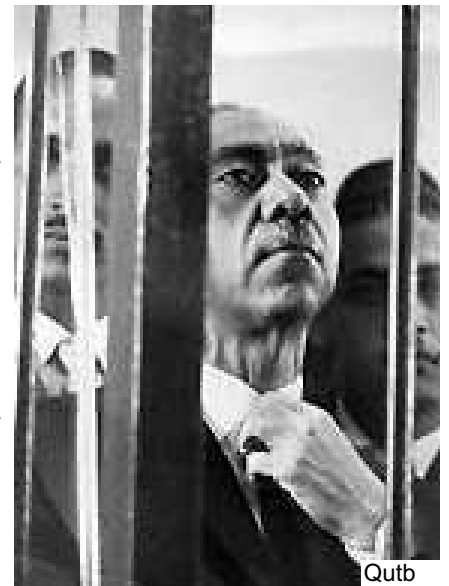
Interpretationen und argumentieren, dass sich die islamische Lehre mit Demokratie, Sozialismus und Frauenrechten verträgt. Konservative Fundamentalisten stehen dem islamischen "Modernismus" feindlich gegenüber; im Unterschied zu den Radikalen predigen sie jedoch üblicherweise Gehorsam gegenüber politischen Autoritäten. In sunnitischen Ländern sind die Ulema (religiöse Gelehrte) bezahlte Angestellte des Staates und dürfen daher als den jeweiligen Herrschern gefällige Interpreten der politischen Botschaft des Islam angesehen werden.

Grundsätze des radikalen Islamismus

Radikale Islamisten lehnen sowohl den liberalen Modernismus als auch die konservative Zurückhaltung ab. Die Radikalen bezeichnen die meisten Staaten des Nahen Ostens als pseudo-islamisch. Sie definieren den Feind als schleichende Verweltlichung und Konsumorientierung, was sie sowohl mit der Ausdehnung des Marktes als auch dem Klassenkampf in Verbindung bringen. Ihrer Ansicht nach sind die pro-westlichen wirtschaftsliberalen Regime genauso schuld an der Förderung dieser Trends wie die baathistischen "sozialistischen" Regime in Syrien und Irak oder die Nationale Befreiungsfront (FLN) in Algerien. Die Islamisten predigen einen inneren Dschihad zur Etablierung islamischer Regime als Vorbedingung für einen erfolgreichen äußeren Dschihad.

Während die Modernisten argumentieren, der Islam sei im Wesen demokratisch wegen der Einrichtung der Schura (Konsultation), behaupten die Radikalen, dass die Schura nur die Konsultation mit religiösen Gelehrten für die passende Interpretation der Scharia ist. In "Die islamische Regierung" schrieb Irans Ajatollah Ruhollah Khomeini:

"Die islamische Regierung ist nicht despotisch sondern konstitutionell. Sie ist jedoch nicht konstitutionell im bekannten Sinne des Wortes, der im parlamentarischen System oder in den Räten des Volkes verkörpert ist ... Der Unterschied zwischen der islamischen Regierung und den konstitutionellen Regierungen, sowohl monarchisch als auch republikanisch, liegt in der Tatsache, dass die Vertreter des Volks oder Königs jene sind, die Recht sprechen und Gesetze



Qutb

geben, wohingegen die Macht der Gesetzgebung auf Gott beschränkt ist, möge Er gelobt sein, und niemand außer ihm das Recht hat, Gesetze zu geben ..."

Islamische Militante kombinieren die Denunzierungen des westlichen Imperialismus und des auffälligen Konsums der Reichen mit der Verehrung für den Privatbesitz und die "islamische Wirtschaftslehre". Sie stehen generell allen Formen der sozialistischen und Pro-Arbeiterklassen-Ideologie feindlich gegenüber. Khomeini zerschlug die iranische Linke bald nachdem sie ihm bei seinem Aufstieg zur Macht geholfen hatte und Turabis Regime dezimierte die sudanesisch kommunistische Partei, einstmals eine der größten in Afrika. Sayyid Qutb, der vorrangige Ideologe des sunnitischen Fundamentalismus, denunzierte oft die "Plutokratie" und den westlichen Kapitalismus, wandte sich jedoch gegen die bloße Idee der gesellschaftlichen Gleichheit:

"Mohammed hätte sicher ein soziales Banner hochhalten und Krieg gegen die Privilegierten und die Hochgeborenen führen können. Er hätte den Islam als Bewegung aufbauen können, die nach gesellschaftlicher Veränderung und Umverteilung der Güter von Reich zu Arm strebte ... Doch Allah, in seiner ewigen Weisheit, hat den Prophet nicht angewiesen, diesen Weg einzuschlagen ... Er ließ ihn nur einen Schlachtruf ausstoßen: 'Es gibt keinen Gott außer Allah!'" (zitiert nach Emanuel Sivan, *Radical Islam: Medieval Theology and Modern Politics*)

Radikale Islamisten zeichnen sich auch durch ihren entschiedenen Einsatz für die Unterordnung von Frauen aus. Qutb bezeichnete die Idee der Frauenbefreiung als "Kloake". Der kleinste soziale Spielraum für die Freiheit der Frauen von der männlichen Autorität wird als Jahiliyya (Barbarei) geschmäht. Von Algerien bis Bangladesch haben Islamisten Frauen angegriffen, die sich dem reaktionären sozialen Kodex der Mullahs verweigerten.

Modernistische Interpretationen des Islam spielen Texte wie den folgenden Vers der vierten Sure des Koran herunter:

"Die Männer stehen den Frauen in Verantwortung vor, weil Allah die einen vor den anderen ausgezeichnet hat und weil sie von ihrem Vermögen hingeben. Darum sind tugendhafte Frauen die Gehorsamen und diejenigen, die (ihrer Gatten) Geheimnisse mit Allahs Hilfe wahren. Und jene, deren Widerspenstigkeit ihr befürchtet: ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie!" (Der Koran in der Übersetzung von Rasul)

Im Gegensatz zu den Modernisten betonen islamische Radikale ungeniert die Unvereinbarkeit von Islam und Gleichstellung der Frauen. Eines der ersten vom iranischen Parlament erlassenen Gesetze nach der Absetzung des Schahs Resa Pahlevi war das islamische Kleidungs-gesetz, das jeder Frau, die den Hijab (eine traditionelle Kopfbedeckung der unverheirateten muslimischen Frauen) nicht trägt, eine einjährige Gefängnisstrafe auferlegt. Hinrichtungen für Ehebruch und Homosexualität sind üblich unter der Scharia.

Radikale Islamisten sind zudem stark antisemitisch und generell intolerant gegenüber anderen Religionen. Das iranische Regime initiierte Kampagnen, um die winzigen Bahai und zoroastrischen Minderheiten zu zerstören. Die ägyptischen Fundamentalisten organisierten die

Ausschreitungen gegen die christlichen Kopten, die sie "Kreuzzügler" nennen. Als Turabis sudanesisches Regime 1989 die Macht durch einen Militärcoup übernahm, war eine der ersten Taten die Deklaration eines Dschihad gegen die schwarze Bevölkerung im Süden, die hauptsächlich Christen oder Animisten sind. Gemäß dem *Middle East Report* (November-Dezember 1992):

"Viele interpretieren dies [die Erklärung des Dschihad] so, dass Land, Vieh und Frauen in eroberten Gebieten von den Eroberern beansprucht werden können. Eine einflussreiche weibliche Führerin der islamischen Bewegung schlug vor, dass eine Lösung des 'südlichen Problems' sein könne, dass muslimische Männer nicht-muslimische Dinka-Frauen als Zweitfrauen oder Konkubinen nehmen und dabei davon ausgehen, dass deren Kinder zu Muslimen erzogen würden."

Die gesellschaftlichen Wurzeln des radikalen Islamismus

Das Phänomen des radikalen Islamismus hat viele westliche Analytiker verwirrt. Den Islamisten selbst ist alles ziemlich klar: Ihre Bewegung ist einfach eine Reaktion von frommen Gläubigen auf zeitgenössische Ungerechtigkeit. Ihre Erfolge können göttlicher Intervention und ihr Versagen satanischer Einmischung zugeschrieben werden. Für Liberale und modernisierende Nationalisten ist der Aufstieg des Islamismus problematischer. Eine Bewegung, für die die Verehrung irrationaler Autorität und unermüdliche Feindseligkeit gegenüber dem Zwanzigsten Jahrhundert charakteristisch ist, scheint ihre Gefolgschaft von Jahr zu Jahr nicht nur unter den rückständigen und ungebildeten Massen und traditionell Ausgebeuteten zu vergrößern sondern auch unter der wissenschaftlich geschulten Intelligenz - also genau der sozialen Gruppe, auf die die Modernisierer blicken. Westliche Orientalisten sprechen über die für die Region eigentümliche Irrationalität und murmeln weise über die Unmöglichkeit, eine tausendjährige Tradition auszurotten. Aber das erklärt gar nichts.

Das Kleinbürgertum in der arabischen Welt, ob traditionalistisch oder modernistisch, hat Probleme, die es dazu treiben, irrationale Lösungen zu suchen. Ausgepresst durch fremdes Kapital, ausgetrocknet durch parasitäre und korrupte neo-koloniale Staatsbürokratien, tief besorgt über die Aussicht auf Arbeitskämpfe ist das Kleinbürgertum höchst empfänglich für die reaktionäre Nostalgie, die ihr die islamischen Fundamentalisten anbieten. Die Islamisten prangern alle Schreckensbilder des Kleinbürgertums an - fremde Konkurrenz, "Kulturimperialismus", Arbeiteraufstände und Etatismus. Ihre Opposition zum Klassenkampf, ihr Aufruf an die Reichen zu Wohltaten und ihr Aufruf an die Armen zur Geduld drücken den gesellschaftlichen Standpunkt der Mittelschicht aus.

In vielen Fällen haben die militanten Islamisten erhebliche finanzielle Unterstützung von traditionellen Eliten erhalten, besonders von jenen, die durch das Wachstum des säkularen Staates und/oder durch fremdes Kapital bedroht waren. Die Interpretation der Scharia durch Radikale ist üblicherweise flexibel genug, um Islamisten zu gestatten, bei Bedarf weltlichere Motive anzusprechen.

Die afghanischen Mudschaheddin ignorierten die Koran-Verbote gegen Wucher in ihrem Dschihad, um die Vorrechte der Geldverleiher und der Grundbesitzer zu schützen.

Islamische Bewegungen sind oft von Machthabern als Bollwerk gegen die Linke gefördert worden. Selbst wenn sie deren Missbilligung ernten finden es die staatlichen Autoritäten viel schwieriger, gegen religiöse Dissidenten vorzugehen als gegen säkulare Radikale. Die Vertrautheit islamischer Ideen und Rituale haben es den Fundamentalisten erleichtert, unter den Teilen der Bevölkerung zu wachsen, die gegenüber neuen Ideen traditionell resistent sind. In Gesellschaften ohne soziales Wohlfahrtssystem sind die neuen armen Stadtbevölkerungen zum Überleben oft auf die durch Moscheen organisierte Wohltätigkeit angewiesen. Das ermöglicht den Islamisten, eine große Anzahl lumpenproletarischer oder halbproletarischer Elemente in den Städten zu mobilisieren.

Der militante islamische Fundamentalismus ist eine relativ neue Erscheinung. Als Saudi Arabiens König Feisal 1962 die World Muslim League als Opposition zum Marxismus und zum radikalen arabischen Nationalismus gründete, interessierte das kaum jemanden. Statt in die Arme des Obskurantismus zu eilen, traten junge Leute in großer Zahl der sozialistischen und nationalistischen Linken bei. In den 60er Jahren schwankte die ägyptische Muslim-Brüderschaft, damals die größte islamische Organisation, zwischen Unterstützung für und Opposition gegen Gamal Abdel Nasser, dem wichtigsten Apostel der "arabischen Revolution". Qutb, Ägyptens herausragender radikaler Fundamentalist, wurde zu dieser Zeit als Mitglied einer verrückten Randgruppe angesehen. Dies änderte sich alles 1967 mit der Niederlage Ägyptens und seiner Verbündeten im Sechs-Tage-Krieg gegen Israel, als Nasser durch den zionistischen Staat gedemütigt wurde. Plötzlich begannen radikale islamische Gruppen, die vorher nicht mehr als winzige Minderheiten gewesen waren, bei den Massen Gehör zu finden.

Der arabische Nationalismus hatte den Mittelstand mit den Versprechen von Unabhängigkeit, Blockfreiheit und Demokratie einmal begeistert. Doch die "anti-imperialistischen" Regime von gestern sind heute die unterwürfigen Diener des IWF und der westlichen Investmentbankiers. Die "arabischen sozialistischen" Republiken werden als aufgeblähte und korrupte Polizeistaaten geschmäht. Die stalinistischen Parteien, die einmal Führungsrollen in wichtigen Teilen der Arbeiterbewegung in der Region gespielt hatten, sind durch ihre jahrzehntelange opportunistische Anpassung an eine ganze Reihe "fortschrittlicher" bürgerlicher Figuren (sowohl säkular als auch religiös) extrem diskreditiert. Der Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" im ehemaligen Sowjetischen Block wird von den Volksmassen, und großen Teilen der Linken, als Beweis dafür gesehen, dass das sozialistische Projekt keine Alternative ist.

Die muslimischen Extremisten haben den Nutzen aus dem Zerfall ihrer säkularen Konkurrenten gezogen. Dennoch existiert ein enormes Wachstumspotential für eine revolutionäre Strömung innerhalb des Proletariats. Eine kämpferische Arbeiterbewegung würde einen Anziehungspol sowohl für die subproletarischen städtischen Massen als auch das unzufriedene Kleinbürgertum



Der Schah zusammen mit den Ayatollahs

darstellen. Ohne einen solchen Pol ist es nicht überraschend, dass die Zwischenschichten anfällig für irrationale Antworten auf die Verwerfungen und Zerstörungen durch die imperialistische Weltordnung sind.

Irans islamische Revolution: Selbstmord der Linken

Seit dem Sturz des Schahs haben viele westliche Experten behauptet, dass der schiitische Glaube naturgegeben politischer sei als Sunnismus. Aber in den 50er Jahren waren die iranischen Mullahs alles andere als militant. Vor seinem Tod im Jahre 1961 predigte Ajatollah Borujerdi, Khomeinis Mentor und Irans führender Kleriker, die passive Akzeptanz weltlicher Autorität. Die schiitische Ulema (Gelehrte) hatten die links-nationalistische Mossadegh-Regierung vorsichtig unterstützt, die durch einen vom CIA arrangierten, königstreuen Putsch 1953 gestürzt wurde. Nach der Wiedereinsetzung des Schahs wollten selbst die kühneren Kleriker, wie Khomeini, nicht mehr als eine Rückkehr zur Verfassung von 1906, die der Ulema eine beratende Funktion innerhalb einer konstitutionellen Monarchie gab.

Um seine Macht zu festigen, holte sich der Schah Hilfe von der CIA und dem israelischen Nachrichtendienst, um den SAVAK, Irans mächtige politische Polizei, zu errichten. In den frühen 60er Jahren führte das Regime eine Modernisierungsaktion durch (die sogenannte "Weiße Revolution"), die eine begrenzte Bodenreform, Gewinnbeteiligung für industrielle Arbeiter, das Wahlrecht für Frauen und den gemeinsamen Schulbesuch für beide Geschlechter einschloss. Das Modernisierungsprogramm hatte den Zweck, breite Unterstützung für das Regime zu gewinnen und gleichzeitig die säkularen Gegner in der Linken zu untergraben. Damit brachte die Regierung die Großgrundbesitzer, die traditionelle Bourgeoisie, das Kleinbürgertum der Basare und die Ulema gegen sich auf.

Khomeini, gerade dabei als Hauptgegner des Schahs hervortreten, prangerte die "Revolution" des Regimes an und sprach sich für eine vollständige Theokratie unter der Herrschaft eines "Rechtsgelehrten" aus. Er brandmarkte die Käuflichkeit, die Korruption, die Vergehen gegen die islamische Moral des Regimes und die Verbindungen zu den Amerikanern und Israelis. Als Khomeini am 5. Juni 1963 verhaftet wurde, ging eine Welle der Massenproteste durch den Iran, die vom SAVAK und der Armee erbarmungslos unterdrückt wurden. Schätzungsweise 10.000 Demonstranten wurden getötet.

Khomeini wurde 1964 verbannt. Während der nächsten fünfzehn Jahre beherrschten er und die radikale Ulema die populäre Opposition gegen den Schah. Das war eine bemerkenswerte Entwicklung, wenn man die historische Stärke linker Ideen und Organisationen innerhalb der mächtigen iranischen Arbeiterklasse in Betracht zieht. Sie wurde erleichtert durch die wiederholten Versuche der iranischen stalinistischen Tudeh Partei, mit dem Regime zu manövrieren, während Khomeini unnachgiebig zum Sturz aufrief. In seinem Buch *Islamic Fundamentalism* beschreibt Dilip Hiro, wie sich der Imam als maßgeblicher Führer der Bewegung gegen den Schah etablierte:

"Khomeini hielt das Bündnis in einer höchst turbulenten Zeit zusammen, indem er sich zum Vorkämpfer der Sache jeder der Gruppen in der Anti-Schah-Koalition machte und zu solch strittigen Themen wie Demokratie, Agrarreform und Status der Frauen schwieg. Er weckte Hoffnungen auf Erlösung und Verbesserungen in verschiedenen Schichten der Gesellschaft. Die traditionelle Mittelklasse sah in Khomeini einen Verfechter des Privatbesitzes, einen Unterstützer der Basare und einen, der an islamische Werte glaubt. Die moderne Mittelklasse betrachtete Khomeini als einen radikalen Nationalisten, der mit dem zuvor von Mossadegh angenommenen Programm verheiratet war: Ende der kaiserlichen Diktatur und der fremden Einflüsse im Iran. Die Arbeiterklasse in den Städten unterstützte Khomeini wegen seines wiederholten Bekenntnisses zu sozialer Gerechtigkeit, die, so fühlte man, nur durch die Übertragung von Macht und Reichtum von den Reichen auf die Bedürftigen zu erreichen war. Schließlich sah die arme Landbevölkerung den Ajatollah als Retter, als denjenigen, der sie mit bestellbarem Boden, Bewässerungsanlagen, Straßen, Schulen und Elektrizität versorgen würde."

Khomeini war nicht der einzige, der ein taktvolles Schweigen zu Themen wie Demokratie, Agrarreform und Rechte der Frauen (ganz zu schweigen von Sozialismus und Arbeiterregierung) bewahrte. - Auch die iranische Linke ließ diese Themen zu Gunsten der Solidarisierung mit den Anprangerungen der religiösen Opposition gegen den Schah und seine Unterstützer aus den USA unter den Tisch fallen. Dabei waren es die Land-Neuverteilung und das Wahlrecht für Frauen, die Khomeini überhaupt erst in die unversöhnliche Opposition getrieben hatten.

Dieser groteske Opportunismus hatte tragische Folgen für die iranische Arbeiterbewegung. Im September 1978, nachdem das Regime das Kriegerrecht verhängt hatte, marschierten hunderttausende von Demonstranten durch Teheran. Dabei riefen sie in Sprechchören "Nieder mit dem Schah!" und forderten eine islamische Republik. Die Regierung antwortete, wie sie es bereits 1963 getan hatte, mit scharfer Munition und Hunderte wurden getötet. Doch diesmal, anstatt die Proteste zu bändigen, brachte das Gemetzel Millionen bis dahin inaktiver Bürger in Rage, die plötzlich auf die Straßen strömten.

Die wirtschaftlich strategischen Ölarbeiter (unter denen die moskautreuen Stalinisten der Tudeh Partei beträchtlichen Einfluss hatten) begannen einen Streik, an dem bald Arbeiter anderer Industriezweige teilnahmen. Nach ein paar Monaten der fortgesetzten Arbeiterunruhen und Massendemonstrationen kippte der Pfauenthron. In der entscheidenden Konfrontation mit den kaiserlichen



Fedayin Kundgebung in Teheran, Februar 1979

Garden im Februar 1979 stellten die neulinke/stalinistische Fedajin und links-muslimische Mudschaheddin-Guerillas die militärische Führung.

Die iranische Linke hatte sich jedoch durch ihre wissensliche politische Unterordnung unter Khomeini, den angeblichen Vertreter des "fortschrittlichen, anti-imperialistischen" Kleinbürgertums, selbst marginalisiert. Die Ölarbeiter, linken Studenten, Frauen, nationalen und religiösen Minderheiten, die auf den Demonstrationen "Nieder mit dem Schah" riefen, hatten nicht den Wunsch, die verhasste Monarchie durch eine Theokratie zu ersetzen. Doch keine der linken Gruppen war bereit, sich durch direkte Kritik an den Mullahs von der Massenbewegung zu "isolieren". Eine wirklich revolutionäre Organisation hätte versucht, den Kampf der Arbeiter gegen das Regime vorwärts zu treiben und gleichzeitig die Perspektive einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung politisch gegen den Ruf der Khomeini-Anhänger nach einer islamischen Republik zu setzen.

Für die iranische Linke war Khomeini die Verkörperung einer "ersten Etappe" in einem angeblich unerbittlichen revolutionären Prozess, und sie verschloss die Augen vor dem fundamental reaktionären Charakter seiner islamischen Revolution. Die Mullahs hatten keine entsprechenden Illusionen. Sie organisierten sofort "Revolutionäre Wachen" und griffen Linke, unverschleierte Frauen, Homosexuelle, Gewerkschafter und andere "Feinde des Islam" an. Im März 1979 wurde eine Massendemonstration von Frauen gegen die Einführung des islamischen Rechts vom regierungsunterstützten Pöbel angegriffen und danach von "revolutionären" Truppen beschossen. Als sich Khomeinis Regime konsolidierte, wurden die völlig desorientierten linken Organisationen isoliert und eine nach der anderen zerschlagen. Einige versuchten sich schließlich zu widersetzen, während andere weiterhin

ihrem Henker die Vasallentreue erklärten, den ganzen Weg bis hin zum Galgen.

Man würde von erklärten Marxisten eine Haltung totaler und unversöhnlicher Feindschaft gegen religiöse Theokraten (ob christlich, jüdisch, hinduistisch, islamisch oder was auch immer) erwarten. Doch verschiedene westliche Linke, selbst keine Gläubigen, gaben vor, in islamistischen Bewegungen einen fortschrittlichen oder teilweise progressiven Charakter zu entdecken. Dies ist Produkt einer völlig unpassenden Dritte-Welt-Romantik, die im Grunde auf einen schlichten Liberalismus hinausläuft. Viele Sozialisten, die sich der Gefahren des christlichen Fundamentalismus in den USA bewusst sind, versuchen die radikalen islamischen Bewegungen als egalitär und anti-imperialistisch zu beschönigen. Als die iranische Linke den tödlichen Fehler machte, sich vor Khomeini zu verbeugen, wurde sie von allen größeren internationalen sozialistischen Strömungen kopiert, sowohl von den stalinistischen als auch vorgeblich trotzkistischen - mit der einzigen Ausnahme der damals noch revolutionären internationalen Spartacist Tendenz (iST), die sich weigerte, den Triumph der islamischen Reaktion über den Schah zu bejubeln.

Afghanistan: State Department Dschihad

Während Irans Islamisten lautstark ihre Feindschaft gegen den amerikanischen Imperialismus kundtaten, schlossen sich ihre afghanischen Brüder mit dem "Großen Satan" in einem US-gesponserten Dschihad gegen das prosowjetische säkulare Regime ihres Landes zusammen. Im April 1978 übernahm die Demokratische Volkspartei (PDPA) in einem defensiven Putsch die Macht und versprach radikale Reformen und Modernisierung.

Sie erließ Gesetze für die Neuverteilung des Bodens an jene, die es bestellen und erließ alte Schulden; eine äußerst wichtige Reform in einem Land, in dem Zinsknechtschaft und Wucher die hervorstechendsten Formen der Ausbeutung waren. Der Widerstand der Ausbeuter gegen diese Maßnahmen nahm schnell islamische Farben an. Wie Hiro schreibt:

"Erlass 6 schaffte alle Hypotheken und Schulden aus der Zeit vor 1973 ab und reduzierte die drastischen Zinsen (oft 100 Prozent pro Jahr) bei späteren Krediten ... Fast immer entschieden die dörflichen Mullahs, durch Blutsbande mit den Grundbesitzer-Geldverleihern verbunden, dass die Aufhebung der Schulden dem Diebstahl gleich kam und daher unislamisch sei. (Auf der anderen Seite führte die Pro-Regierungs-Minderheit unter den Klerikern Koran-Verse gegen Riba, den Wucher, an). Viele ländliche Mullahs fingen an, gegen die Regierung zu predigen, in einer Umgebung, in der bewaffneter Widerstand gegen das Regime die Form von Morden an marxistischen Lehrern und Verwaltungs-angestellten annahm."

Die Mullahs waren ebenso entsetzt über Erlass 7, der Frauen gleiche gesetzliche Rechte einräumte, Kinderheirat abschaffte und den Brautpreis auf einen nominalen Betrag reduzierte. Während die PDPA jene Mullahs, die sich mit Vorwürfen zurückhielten, weiter auf der Gehaltsliste des Staates behielt, stellte der Klerus einen Großteil der Führung für den von den USA finanzierten und ausgerüsteten konterrevolutionären Aufstand.

Die Opposition bestand aus traditionalistischen Fundamentalisten, die sich den pakistanischen und saudiarabischen Regierungen anschlossen, aber die größte Gruppe war Hekmatyars Hizb-e-Islami (Partei des Islams), die eine islamische Republik nach iranischem Vorbild errichten wollte.

Die sowjetische Intervention 1979 schuf die Möglichkeit bedeutenden sozialen Fortschritts in Afghanistan durch die Ausdehnung sowjetischer Gesellschaftsverhältnisse. Doch diese Möglichkeit wurde nie verwirklicht. Von Anfang an übte der Kreml Druck auf seinen Klienten in Kabul aus, Konzessionen gegenüber den traditionalistischen Reaktionären zu machen. Die PDPA baute Moscheen, verbreitete den Islam über das staatliche Fernsehen und verwässerte die eigenen Reformen. Als Michail Gorbatschow 1989 die sowjetischen Truppen abzog, nahm die afghanische Regierung den Islam als Staatsreligion an. Nichts davon beschwichtigte die islamischen Reaktionäre oder ihre imperialistischen Hintermänner.

Nichtsdestoweniger überlebten die afghanischen Stalinisten ihre sowjetischen Schutzherren und wurden endgültig erst im April 1992 gestürzt. Sie konnten sich angesichts der überwältigenden Gegenmacht hauptsächlich deshalb so lange halten, weil die städtische Bevölkerung, einschließlich des größten Teils der Arbeiterklasse, entschlossen war, der islamischen Herrschaft zu widerstehen und das unvermeidliche Blutbad zu vermeiden, das der Machtergreifung der Mudschaheddin folgen würde. Schon vor dem Sturz der PDPA und der Zerstörung ihrer sozialen Reformen zerstritten sich die afghanischen "Freiheitskämpfer" untereinander. Die westlichen Medien, die diese Reaktionäre und ihren Widerstand gegen den "sowjetischen Imperialismus" ein Jahrzehnt lang feierten, haben schon lange das Interesse an Afghanistan verloren, das weiterhin von schmutzigen Fraktionsfehden der verschiedenen islamischen Milizen zerrissen wird.

Algerien: IWF Enthaltbarkeit & Religiöse Reaktion

Während der vergangenen vier Jahre erfasste Algerien ein brutaler Konflikt zwischen dem bonapartistischen Militärregime, unterstützt vom französischen Imperialismus, auf der einen Seite und einer mächtigen islamischen Bewegung auf der anderen. Zehntausende wurden in einem Konflikt getötet, dessen Ursprung in die frühen 80er Jahre zurückgeht, als die fallenden Ölpreise Algerien mit gewaltigen Schulden belasteten. Die Regierung der Nationalen Befreiungsfront (FLN), geführt von Präsident Schadli Bendjedid reagierte mit Sparmaßnahmen, Privatisierung und der Zerstörung von Algeriens umfassendem System staatlicher Subventionen für Verbrauchsgüter. Um der daraus resultierenden Unbeliebtheit seines Regimes entgegenzutreten, wandte sich Bendjedid der "Islamisierung" zu. 1984 verkündete die FLN ein Familiengesetz, das die Scharia im algerischen bürgerlichen Gesetz verankerte, die Polygamie legalisierte und den Männern die gesetzliche Autorität über ihre Ehefrauen und unverheirateten Töchter gab. Gegen diese Änderungen gab es erheblichen Widerstand von Frauenorganisationen und Linken. Die FLN konterte

dadurch, dass sie sich an die Ulema (d.h. die islamischen Gelehrten) wandte und diese ermutigte, unzufriedene Jugendliche gegen die Gegner der Gesetze Gottes zu organisieren. Bald schweiften Banden junger fundamentalistischer Verbrecher umher, um Versammlungen der Linken und der Feministinnen abzubrechen und Algeriens französisch- und berbersprachige Minderheiten zu terrorisieren, während die Polizei geflissentlich wegsah.

Nach einiger Zeit führte die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich und dem Internationalen Währungsfond dazu, dass große Teile der Bevölkerung das Regime als Handlanger des fremden Imperialismus betrachteten. Im Oktober 1988 machten Hunderttausende von Jugendlichen Aufruhr und forderten Demokratie und Gleichheit, die doch Teile der "sozialistischen" Rhetorik der FLN waren. Das Regime antwortete mit einer Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche. 1989 wurde eine neue pseudo-demokratische Verfassung beschlossen. Politische Parteien wurden erlaubt. Das öffnete Möglichkeiten für die Linke, erlaubte aber auch den Islamisten, sich unter dem Banner der ultra-reaktionären Islamischen Heilsfront (FIS) zusammenzuschließen, die als stärkste Oppositionsgruppe hervortrat.

Von Anfang an stand die FIS, die sowohl die Demokratie als auch den Sozialismus als "jüdisch-freimaurerische Verschwörung" ansieht, der Arbeiterbewegung extrem feindlich gegenüber. 1991, als die UGTA-Arbeiterföderation (mit einer Basis bei Öl-, Chemie- und Hafendarbeitern sowie anderen gelernten Arbeitern) zum Generalstreik aufrief und forderte, die Preise einzufrieren, griffen FIS-organisierte Banden die Gewerkschafter an.

Ende 1991 schien die FIS kurz vor einem Wahlsieg bei der Mehrparteien-Parlamentswahl zu stehen, der ersten, die nach der Kolonialzeit in Algerien stattfand. Um das zu verhindern, machte das Militär, seit Jahrzehnten die wirkliche Macht im Land, im Januar 1992 einen Präventivputsch. Die Generäle zwangen Algeriens langjährigen Präsidenten und FLN-Führer Bendjedid zurückzutreten, hoben die Verfassung auf und erklärten den Notstand. Tausende von FIS-Sympathisanten wurden in Wüstenlager geschickt. Die Todesstrafe wurde wieder eingeführt und Folter, als Mittel um Geständnisse zu erzwingen (*Amnesty International Jahresbericht 1993*). Außerdem wurden tausende von Fundamentalisten ohne Gerichtsverfahren hingerichtet.

Nach dem Putsch spaltete sich die FIS: Die "Gemäßigten" suchten nach irgendeinem imperialistisch unterstützten Deal, der ihnen einen Teil der Macht geben und der Bevölkerung die Scharia auferlegen würde. Die unversöhnlicheren Islamisten gingen in den rivalisierenden Gruppen der Bewaffneten Islamischen Bewegung (MIA) und der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA) auf. Zusätzlich zum Terror der staatlichen Behörden starteten diese Gruppen großangelegte Terrorkampagnen gegen säkulare Intellektuelle, Feministinnen, Linke, Berber, westliche Touristen und gegeneinander.

Die Überreste der abgesetzten FLN versuchten sich als Vermittler für eine Regierung der "nationalen Aussöhnung", die die FIS einschließen sollte. Diese Herangehensweise wurde vom US-Imperialismus favori-

siert, während Frankreich zum Militärregime, als Lohn für dessen treue Dienste beim Schutz französischer Kapitalanlagen, stand. Das Militär wurde auch von jenen Teilen der Bevölkerung unterstützt, die von einer Machtübernahme der Islamisten am meisten zu fürchten hatten. In der Anfangszeit des Konfliktes protestierten Hunderttausende bei den von der UGTA initiierten Demonstrationen zur Unterstützung der Generäle gegen den islamischen Terrorismus.

Es war schon lange klar, dass das Militär, das auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus den Islamisten bereits verschiedene Angebote gemacht hatte, jederzeit einen Deal mit den "gemäßigten Kräften" der FIS arrangieren und die Gewehre gegen die Arbeiterbewegung richten könnte. Nach den Wahlen im November 1995, an denen angeblich drei Viertel der Wahlberechtigten teilnahmen (trotz der Drohungen durch die islamischen Terroristen und einem Boykott der bürgerlichen "Berberrechtsorganisation" Front der Sozialistischen Kräfte, der FLN und der FIS), erklärten sich Vertreter der FIS bereit, mit dem Militär über eine "umfassende Lösung" zu verhandeln.

Vorbedingung für einen erfolgreichen, auf die Arbeiterklasse gestützten Kampf in Algerien ist die Etablierung der vollständigen Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Staat und von den bürgerlichen Parteien. Dies ist eine sehr reale Frage in einem Land, in dem die Gewerkschaftsführung jahrzehntelang als Partner des FLN-Regimes funktionierte. Die organisierte Arbeiterbewegung kann den Einfluss der Islamisten auf Teile der städtischen plebejischen Massen brechen, indem sie den Hebel der bestehenden Gewerkschaften nutzt, um die Kämpfe der Armen, der Arbeitslosen, der ungelerten und angelernten Arbeiter in den Städten und des ländlichen Halb-Proletariats zu unterstützen.

Ein revolutionäres Programm für Algerien muss demokratische Forderungen nach Trennung von Staat und Moschee und für die Verteidigung der Frauen, Berber, Homosexuellen, religiösen Minderheiten und aller anderen Opfer und möglicher Opfer der islamischen Reaktionäre einschließen. Die Antwort auf terroristische Angriffe durch Fundamentalisten auf die algerische Linke und Arbeiterbewegung muss die Organisierung wirkungsvoller Einheitsfront-Verteidigung sein, unabhängig vom repressiven Staat. Im Unterschied zur hohlen Anprangerung der "westlichen Ungläubigen" durch FIS-Führer Madani würde eine revolutionäre Partei für die Aufhebung der imperialistischen Schulden eintreten und die Enteignung fremden Kapitals mit dem Kampf für den Sturz der algerischen Bourgeoisie verbinden.

Anti-muslimische Hysterie und imperialistische Heuchelei

Seit Khomeinis unerwarteter Triumph über den Schah eine der strategischen Schlüsselpositionen des amerikanischen Imperialismus zerstörte, haben die westlichen Medien fleißig anti-muslimische Propaganda verbreitet. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat Hollywood die Russen durch neue Favoriten für die Rolle des Bösen ersetzt: ara-

bische Terroristen. Pro-imperialistische Liberale haben Vorfälle wie die Morddrohung der iranischen Mullahs gegen Salman Rushdie benutzt, um den Unterschied zwischen der islamischen Barbarei und dem "zivilisierten" Westen aufzuzeigen. Die Förderung des anti-arabischen Rassismus ist besonders nützlich, als Rechtfertigung für zeitgenössische Kreuzzüge zur "Rettung" des modernen Äquivalents der Heiligen Grabstätte: die Ölfelder des Nahen Ostens.

Sorgen über den islamischen Fundamentalismus schaffen auch einen akzeptablen Deckmantel für die Intellektuellen des US-Außenministeriums, um ihre Faszination über die Möglichkeit von zukünftigen Rassenkriegen auszudrücken. In der Ausgabe der einflussreichen amerikanischen Publikation, *Foreign Affairs*, vom Sommer 1993 beschwor Samuel Huntington das Gespenst eines "konfuzianisch-islamischen" Bündnisses zwischen einem japanischen/chinesischen/ost-asiatischen Block und einem sich wiedererhebenden islamischen fundamentalistischen Nahen Osten, gerichtet gegen die westliche christliche Hegemonie. Die Existenz eines solchen Paktes kann zwar nur als Halluzination bezeichnet werden, doch Huntingtons Artikel (mit dem wörtlich übersetzten Titel "Der Zusammenstoß der Zivilisationen", auf deutsch unter dem Titel "Kampf der Kulturen" veröffentlicht) ist symptomatisch für die Angst der amerikanischen Bourgeoisie, eines Tages vom ihrem Platz an der Spitze der imperialistischen Weltordnung verdrängt zu werden.

Die hysterische Opposition zum Islam wurde in eine Welle chauvinistischer Angriffe auf in der westlichen Welt lebende Muslime umgewandelt. Ein Beispiel war die vor kurzem getroffene Entscheidung der französischen Regierung, das Tragen der Hijab [der traditionellen Kopfbedeckung, Anm. d. Red.], in öffentlichen Schulen zu verbieten. Britanniens Nationale Studentenvereinigung unterstützt die Verbannung islamischer Organisationen von den Universitäten. Unmittelbar nach der verbrecherischen Bombardierung eines Regierungsgebäudes in Oklahoma (offensichtlich durch christliche Rechte), beschuldigten die US-Medien muslimische Extremisten. Dies führte zu einem Ausbruch hässlicher rassistischer Angriffe im ganzen Land. Die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern muss die demokratischen Rechte und religiösen Freiheiten der Muslime unversöhnlich verteidigen und sich gegen alle Fälle von chauvinistischem Verhalten stellen.

Der Aufschrei über den islamischen religiösen Extremismus ist besonders heuchlerisch, wenn er von den Herrschern der USA kommt. Jeder neue amerikanische Präsident, ganz gleich ob Demokrat oder Republikaner, hat sich bei den rückständigen amerikanischen Massen mit Bekenntnissen seines eigenen tiefen christlichen Glaubens eingeschmeichelt. Während seiner ersten Amtszeit im Weißen Haus hat Ronald Reagan einmal bemerkt, er glaube, dass die im Buch der Offenbarungen prophezeite Apokalypse näher rücken könnte. Im Gegensatz zu den fanatischsten islamischen Extremisten besaß Reagan die Mittel, apokalyptische religiöse Wahnvorstellungen Wirklichkeit werden zu lassen. Bevor George Bush (Senior) 1991 den Golfkrieg vom Stapel ließ, grub er den evangelischen Allzweck-Scharlatan Billy Graham zum Zwecke der Segnung des USA-Militärs aus,

als sich dieses gerade auf das Hinmetzeln zehntausender wehrloser Irakis vorbereitete.

Während der muslimische Fundamentalismus in den Massenmedien weitgehend diskreditiert wurde, gibt es letzten Endes keinen notwendigen Widerspruch zwischen imperialistischen Interessen und islamischen Theokraten. Die USA haben schon lange innige Beziehungen mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten aufrechterhalten, in denen die Scharia rigide durchgesetzt wird. Das Außenministerium ist auch immer in Verbindung mit den "gemäßigten" Islamisten geblieben, einschließlich Elementen in der algerischen FIS und unter den iranischen Mullahs.

Internationalen Investoren ist die Verfolgung der Frauen und Minderheiten durch Islamisten gleichgültig, aber sie sind beeindruckt von deren Antikommunismus und Verpflichtung auf Privatbesitz und soziale Ordnung. Die anspruchsvolleren kapitalistischen Kommentatoren über den Nahen Osten haben keine Schwierigkeit, zwischen Rhetorik und Substanz der islamischen "Revolutionäre" zu unterscheiden:

"Zu viele muslimische Länder sind keine Demokratien und zu viele dieser Nicht-Demokratien haben Regierungen, deren Ineffizienz und Unbeliebtheit sich mit der Unfähigkeit verbindet, ihre vorgeblichen Herrschaftsgebiete zu kontrollieren. Der Status quo wird nicht andauern. Seltsamerweise ist der Status quo für den Westen sehr angenehm ..."

"... die wahrscheinlichste Quelle für die Ersetzung vieler existierender Regierungen - die islamische Erneuerung - könnte sich langfristig als beständigerer Partner für den Westen erweisen. Kurzfristig wird der Zusammenbruch des Status quo jedoch einige böse Auseinandersetzungen produzieren."

"Wenn sie die wirklichen westlichen Interessen gefährden - einen freien Ölmarkt, sicheren Luft- und Seeverkehr, die Sicherheit anständiger Verbündeter [wie Israel] - muss der Westen bereit sein, diese Interessen zu verteidigen. Je offensichtlicher er zur Verteidigung entschlossen ist, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass er den Abzug tatsächlich betätigen muss. Aber der Westen sollte sich darüber im Klaren sein, dass, korrekt gehandhabt, diese Streitigkeiten nur die üblichen Schwierigkeiten in einer Zeit des Übergangs sind und dass das Ziel, wenn der Übergang vollzogen ist, eine unkompliziertere Beziehung mit einem modernisierten Islam sein sollte" (*Economist*, 6. August 1994).

Die imperialistischen Mächte hatten ähnliche Konflikte mit einer früheren Generation neo-kolonialer, bürgerlich-nationalistischer Regime. Während Linke darauf vorbereitet sein müssen, mit allen einheimischen Elementen in neo-kolonialen Ländern gegen imperialistische Intervention einen militärischen Block einzugehen, darf der rhetorische Anti-Imperialismus der Islamisten nicht über deren grundlegend reaktionären Charakter hinwegtäuschen.

Die britische SWP: 'Mit den Islamisten, manchmal...'

In der Ausgabe des *Socialist Review* vom November 1994 kritisierte Chris Harman, eine der führenden Figuren in

Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party (SWP) [in Deutschland vertreten durch Linksruck, der ehemaligen Sozialistischen Arbeitergruppe/SAG, Anm. d. Red.], die französische Lutte Ouvriere-Organisation korrekterweise für ihre Weigerung, muslimische Schülerinnen zu verteidigen, die wegen des Tragens des Hijab von der Schule verbannt wurden. Doch Harman wandte sich nicht einfach nur gegen diese Manifestationen religiöser (und rassistischer) Verfolgung durch den französischen Staat. Er ging viel weiter, indem er andeutete, die Botschaft der Islamisten "hätte zwei Seiten". Er schrieb, dass der Islam attraktiv für

"viele Frauen ist, für die das moderne Stadtleben wenig mehr zu bieten scheint als Armut und sexuelle Belästigung. Sie glauben, das islamische Recht könne sie irgendwie gegen die Verwandlung ihrer Körper in Waren schützen, selbst wenn das auch einen bestimmten Kleidungsstil zwingend macht und ihnen auferlegt, die Autorität ihrer Väter und Männer zu achten. Es scheint bestimmt besser, als die Gesellschaft von Sex Shops und der Weltbank, von reichen Frauen in westlichen Kleidern und teurem Make-up, die Autos mit Klimaanlage fahren, während arme Frauen zusehen, wie ihre Kinder vor Hunger oder Durchfall sterben."

Im Gegensatz zu islamischen Fanatikern sind Marxisten nicht gegen Sex Shops, westliche Kleider, Make-up oder Klimaanlage. Wir wissen, dass die Kinder der Armen wegen der Zwänge einer irrationalen und ausbeuterischen ökonomischen Weltordnung sterben. Harmans Andeutung, dass das Tragen des Schleiers besser zu sein scheint, "als die Gesellschaft von Sex Shops" impliziert, muslimische Frauen träfen eine freie und absichtliche Entscheidung, persönliche Freiheit gegen den Schutz der suchenden Augen fremder und lüsterner Männer zu tauschen. Tatsächlich wird der islamische Kleidungskodex im allgemeinen durch den Terror gegen jene durchgesetzt, die es wagen, sich ihm zu widersetzen.

In "The Prophet and the Proletariat" ["Der Prophet und das Proletariat"], einem Hauptartikel der im Herbst 1994 erschienenen Ausgabe des Theorieorgans der SWP mit dem Namen *International Socialism* [*Internationaler Sozialismus*], zitiert Harman Ali Belhadj, den Führer des extremen Flügels der FIS:

"Können Sie sich eine größere Gewalttat vorstellen, als jene dieser Frau, die vor den Augen aller an einem öffentlichen Platz das Kopftuch verbrennt und erklärt, der Familienkodex bestrafe Frauen, und dabei die Unterstützung von Verweiblichten, Halb Männern und Transsexuellen findet ...

Es ist nicht gewalttätig wenn man fordert, dass die Frau im Heim bleibt, in einer Atmosphäre von Keuschheit, Zurückhaltung und Demut, und dass sie nur in den Fällen das Haus verlässt, die der Gesetzgeber als notwendig definiert, ... die Trennung der Geschlechter unter Schülern zu verlangen sowie das Fehlen der stinkenden Geschlechtermischung, die sexuelle Gewalt verursacht ..."

Harman legt sehr wenig Nachdruck auf die dringende Notwendigkeit, die tödliche Gefahr zu bekämpfen, die von der FIS und ihren Ablegern gegen unverschleierte Frauen, "Halb Männer", Berber und die französischsprachige Bevölkerung ausgeht. Am Ende seines 55-seitigen Artikels bemerkt er, "wir werden sowohl in der Verteidigung der Islamisten gegen den Staat als auch in der Verteidigung der Frauen, Berber, Kopten gegen einige Islamisten invol-

viert sein". Aber dieser Hinweis auf Opposition gegen die Exzesse "einiger" Islamisten (vorgebracht im Kontext der Verteidigung der Islamisten) widerspricht der Ausrichtung im Rest des Artikels, in dem die Mächtigen-Theokraten, die die Angriffe gegen die "Ungläubigen" anfeuern und organisieren, als "kleinbürgerliche Utopisten" bezeichnet werden:

"Radikaler Islamismus, mit seinem Projekt der Wiederherstellung der Gesellschaft nach dem Modell Mohammeds im 7. Jahrhundert in Arabien, ist tatsächlich eine "Utopie", ausgehend von einem verarmten Teil der neuen Mittelklasse ..."

"Sozialisten können kleinbürgerliche Utopisten nicht als unsere Hauptfeinde betrachten."

Wen dann betrachtet Harman als "Hauptfeind" der Arbeiter, Linken, Kurden, Schwulen und Frauen im Iran? Aus der Sicherheit seines englischen Studierzimmers versichert er seinen Lesern: "Der Islamismus kann die wirtschaftliche und damit soziale Entwicklung nicht stärker einfrieren als es irgendeine andere Ideologie kann." Ein billiger Trost für algerische Berber, christliche Kopten in Ägypten, Schwarze im Sudan oder Homosexuelle und Linke in der gesamten Region.

Die Anhänger des Tony Cliff & Irans "revolutionäre" Mullahs

Harmans distanzierte philosophische Haltung gegenüber den islamischen Fundamentalisten ist keine individuelle Blindheit. Im allgemeinen tendierte die SWP-Führung - motiviert durch eine Kombination von Dritte-Welt-Pseudo-Anti-Imperialismus und Anti-Sowjetismus - zu einer positiven Betrachtung der Islamisten. Harman lässt sich darüber aus, wie "die große Menge der iranischen Linken" anfänglich die "islamischen Bewegungen als 'fortschrittliche', 'anti-imperialistische' Bewegungen der Unterdrückten" beschrieb, doch seinerzeit spielte die SWP selbst die Gefahr der islamischen Reaktionäre herunter:

"Die prominentesten Führer der Opposition sind die muslimischen Führer. Die Presse übertreibt das. Trotz all seiner Brutalität, so wird argumentiert, ist der Schah den rückständigen religiösen 'Freaks' vorzuziehen. Dies zeigt nur deutlich die Ignoranz der Presse."

"Der Iran ist nie eine Brutstätte für muslimischen Fanatismus gewesen. Im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten gibt es dort keine extrem rechtsgerichteten Organisationen mit religiösen Verbindungen. Ganz im Gegenteil. Sie stehen an der Spitze der oppositionellen Massenbewegung, weil es keine Alternative gibt. Sowohl die Linken als auch die Nationalisten sind zu schwach, ihre Führer herauszufordern" (*Socialist Worker*, 16. September 1978).

Die wesentliche "Schwäche" der iranischen Linken war politisch - sie verschloss die Augen vor der Realität der Khomeini-Anhänger und schloss sich deren "revolutionärer" Massenbewegung gegen den Schah an. In seinem Artikel in *International Socialism* hält es Harman für notwendig, einem früher erschienenen Artikel eine umfassende Fußnote mit kritischen Bemerkungen zu widmen. Dieser Artikel erschien unter der Überschrift "Islamic Fundamentalism - Oppression and Revolution" ["Islamischer Fundamentalismus - Unterdrückung und

Revolution", www.marxists.de/religion/marshall/index.htm] in einer Ausgabe derselben Publikation vom Herbst 1988. Harman kritisiert den Autor, Phil Marshall, für seine Beschreibung der Islamisten als jene, die einfach "den Kampf gegen den Imperialismus ausdrücken", für sein Versagen, nicht "die kleinbürgerlichen Grenzen der islamischen Bewegungen zu sehen" und für seine fälschliche Gleichsetzung dieser kleinbürgerlichen Bewegung [sic] mit den "sich erhebenden, anti-kolonialen Bewegungen der frühen 20er Jahre".

Aber Marshall brachte nur die Linie der SWP-Führung zum Ausdruck. Harman ist unangenehm bewusst, dass seine Kritik an anderen Linken für deren politische Anpassung an die Mullahs genauso auf die SWP angewendet werden kann. In einem Artikel über den Iran/Irak-Krieg, veröffentlicht zur selben Zeit wie Marshalls Artikel (fast zehn Jahre nachdem Khomeini an die Macht kam), erklärt Alex Callinicos, der als fähigster Theoretiker der Gruppe gilt, die Ideen der SWP für eine revolutionäre Strategie der iranischen Linken:

"Es hätte bedeutet, dass Revolutionäre von den Mullahs gefordert hätten, einen *revolutionären* Krieg gegen die USA und ihre Verbündeten zu führen, dass, wie ich am Anfang des Krieges schrieb, sie 'Teheran zum Leuchtfeuer einer *wirklichen* Revolution in der gesamten Region machten - den Kurden, Arabern und anderen nationalen Minderheiten das Recht auf Selbstbestimmung zugestehen, Organe der Volksmacht errichten, für die Befreiung der Frauen vom islamischen Joch kämpfen' (*Socialist Worker*, 4. Oktober 1980)" (*Socialist Worker Review*, September 1988, Hervorhebung im Original).

Vermutlich würde die SWP nicht fordern, dass die Mullahs als "Leuchtfeuer einer *wirklichen* Revolution" agieren, es sei denn, sie betrachteten sie als Führer "'fortschrittlicher', 'anti-imperialistischer' Bewegungen der Unterdrückten".

Bei dem Versuch, die Vergangenheit der SWP zu bereinigen, spielt Harman die zentrale Rolle des Ajatollahs



Iran 1979: Was sollte man von einer Revolution, deren Revolutionäre sich ehrfürchtig vor religiösen Autoritäten verneigen, anderes erwarten als eine blutige Theokratie?

Khomeini in den Ereignissen, die zum Sturz des Schahs führten, herunter. Die Fakten liegen jedoch schwarz auf weiß vor. In *The Wrath of Allah* (Der Zorn Allahs), veröffentlicht 1983 bei Pluto Press, schildert Ramy Nima (ein Genosse Mike Kidrons, eines langjährigen Unterstützers Cliffs), wie die Periode der Proteste, die schließlich den Schah stürzte, mit einem Artikel im Januar 1978 in der halb-offiziellen Presse des Regimes begann, der

"die Geistlichkeit als 'schwarze Reaktionäre' bezeichnete und Khomeini beschuldigte, ein britischer Spion zu sein, der Gelder aus England bekommt und in Wirklichkeit ein Fremder ('dieser indische Sayyed') ist, der Liebesgedichte erotischer Natur geschrieben hatte."

"Dieser Artikel war der Funke, der eine ganze Reihe explosiver Ereignisse zündete, die das Pahlevi-Regime in den Grundmauern erschütterte. Theologiestudenten in Kum starteten eine massive Demonstration. Der Basar schloss aus Protest ... In den folgenden zwei Tagen des Kampfes wurden etwa 70 Menschen getötet und mehr als 500 verletzt."

"Der Vorfall in Kum kennzeichnet den Punkt, von dem aus die religiöse Opposition sich unter der Führung der militanten Geistlichkeit und der Moschee in Richtung einer islamischen Revolution und eines unvermeidlichen Zusammenstoßes mit den Kräften des Staates bewegte."

Harman erkennt an, dass Khomeinis Name "begann, die Opposition zur Monarchie zu symbolisieren", verniedlicht aber den Umfang, in dem die islamische Ideologie die Proteste charakterisierte:

"Bei seiner Rückkehr nach Teheran im Januar 1979 wurde er [Khomeini] zum symbolischen Führer der Revolution."

"Doch in diesem Stadium war er weit davon entfernt, die Ereignisse zu kontrollieren, obwohl er einen scharfen Blick für politische Taktiken hatte. Die Schlüsselereignisse, die den Schah stürzten - die Ausweitung der Streiks, die Meuterei innerhalb der bewaffneten Kräfte - fanden völlig unabhängig von ihm statt."

Harman versucht hier einen politischen Taschenspielertrick. Khomeini war die zentrale Figur (und auch der "symbolische Führer") lange bevor er im Januar 1979 aus dem Flugzeug trat, aber das heißt nicht, dass er persönlich die Kontrolle über die Ereignisse in jeder Kaserne, Schule und Fabrik hatte. Sein politisches Programm, zusammengefasst in der Forderung für eine "islamische Republik", war die Achse der Aufstände; seine Geistlichen organisierten die Massenproteste und sein Slogan "Allah Akbar" (Gott ist groß) war vorherrschend. Man muss sich nur die Photos der Demonstrationen mit ihren Bildern des Imams, den verschleierten Frauen und die Slogan ansehen, um zu verstehen, dass die iranische Revolution, die die SWP so begeisterte, politisch von den Mullahs beherrscht wurde.

Tony Cliffs Anhänger verglichen die Lage im Iran ausdrücklich mit "den beiden großen revolutionären Aufständen in Chile und Portugal in den frühen 70ern" (*Socialist Worker* (SW), 24. Februar 1979) und schildern sie so als eine Situation, in der eine sich erhebende Arbeiterbewegung die kapitalistische Staatsmacht konfrontierte. Khomeini wurde wie eine Figur behandelt, die nur geringfügige Verbindung zu den Ereignissen hatte - eine Art Vater Gapon. Der *Socialist Worker* vom 3. Februar 1979 schrieb: "Khomeini erhebt sich aus einem Vakuum,

übrig geblieben in der Abwesenheit irgendeiner Partei, welche die Arbeiter unterstützen können und die wiederum die Arbeiter unterstützen kann."

Auf dieser Grundlage veröffentlichten die kanadischen Cliff-Unterstützer einen Artikel in der Ausgabe vom Februar 1979 ihrer Zeitung, betitelt "Die Form - Religion; Der Geist - Revolution". Er kommentierte:

"Khomeini hat viele reaktionäre Ansichten. Er ist ein absoluter Antikommunist. Aber in diesem Augenblick ist Khomeini ein symbolischer Brennpunkt für eine Revolte ... Aber zu glauben, die Menschen im Iran kämpfen und sterben zu Hunderten und Tausenden nur um einen reaktionären Führer durch einen anderen zu ersetzen, ist absurd."

Mit dem Vorteil des Rückblickenden bedenkt Harman jetzt, dass:

"Der Sieg von Khomeinis Truppen im Iran war seinerzeit nicht unvermeidlich und hat auch nicht bewiesen, dass der Islamismus eine einzigartige reaktionäre Kraft ist ... Er bestätigt lediglich, dass, in Abwesenheit einer unabhängigen Führung der Arbeiterklasse, ein revolutionärer Umsturz den Weg zu mehr als einer Form der Restabilisierung bürgerlicher Herrschaft freimachen kann" (*International Socialism*, Herbst 1994).

Khomeinis Sieg über die Arbeiterklasse war nur deshalb "unvermeidlich", weil seine linken Gegner ihre Augen verschlossen haben gegenüber der Gefahr, die die Islamisten darstellten. Sie fügten sich passiv seiner Führung und trösteten sich selbst mit der gleichen Art von Huldigung der islamischen Revolution, die Cliffs Anhänger im Ausland verkauften. Bei all dem wurde die Rolle der sozialistischen Avantgarde einem sich unerbittlich entfaltenden historischen Prozess anvertraut.

Es reicht nicht, wie Chris Harman, abstrakt zu beschwören, dass eine "unabhängige Führung der Arbeiterklasse" wünschenswert ist. Es war notwendig, klar zu sagen, welche programmatischen Positionen solch eine "unabhängige" Formation vorbringen sollte. Den iranischen Arbeitern hätte die einfache Wahrheit gesagt werden müssen, dass das Leben unter den Mullahs genauso schlecht wie unter der SAVAK sein werde und dass sie gegen die Versuche der Khomeini-Anhänger, eine islamische Republik zu etablieren, den Kampf für eine Arbeiterrepublik setzen sollten.



SAVAK-Chef Nassiri, hingerichtet 1979

Während der kritischen Monate war der *Socialist Worker* damit beschäftigt, Fragen wie "Iran: Können die Soldaten die Generäle schlagen?" (10. Februar 1979) zu stellen und folgenden Rat zu erteilen: "Wenn sie gewonnen werden sollen, müssen sie überzeugt sein, dass die Revolution eine Verbesserung in ihrem Leben zuhause bringen wird". In der nächsten Woche, nach dem Triumph der Mullahs, war die Überschrift im

Socialist Worker: "Iran: The glory" (17. Februar 1979, auf deutsch: "Iran: Die Herrlichkeit"). In derselben Woche verkündete die Überschrift auf der Titelseite des *Workers Vanguard*, dem Organ der internationalen Spartacist Tendenz (aus der die Internationale Bolschewistische Tendenz hervorging) eine andere Botschaft: "Nieder mit Khomeini! Für eine Arbeiterrevolution! Die Mullahs gewinnen". Für die SWP und den Rest der Opportunisten war dies unsinniges "Sektierertum".

Es ist bemerkenswert, wie sehr sich die Erklärungen der SWP für ihre politische Anpassung denen der iranischen Stalinisten ähneln, die sich innerhalb der iranischen Linken als feigste Befürworter der politischen Revolution der Mullahs hervortaten.

"Die Tudeh Partei Irans betrachtete die Gründung einer *Vereinten Volksfront* als hauptsächliche Vorbedingung für den Sieg der Revolution, und mit einer solchen Strategie und solchen Taktiken nahm sie aktiv an der Revolution im Februar 1979 teil. Der Sieg der Revolution und der Charakter, den sie annahm, bewies die Richtigkeit der Analyse der Partei. Die Revolution von 1979 war eine nationaldemokratische Revolution mit einem populären, anti-monarchischen, anti-diktatorischen und anti-imperialistischen Inhalt. Trotz der Propaganda des gegenwärtigen Regimes hatte die Revolution keinen islamischen Inhalt. Die Februarrevolution hatte einen Klassencharakter und einen sozialen Charakter. Gleichzeitig ist es auch eine Tatsache, dass die revolutionäre Bewegung im Land, aus spezifischen Gründen, eine religiöse Form hatte" ("Assessment of the Policies of the Tudeh Party of Iran during the years 1979-83" *Documents of the National Conference of the Tudeh Party of Iran* (1986), ("Einschätzung der Politik der Tudeh Partei von Iran während der Jahre 1979-83", *Dokumente der Nationalen Konferenz der Tudeh Partei von Iran* (1986)); Hervorhebung im Original)

Nach Khomeinis Sieg stand die SWP mit der Tudeh und dem Rest der iranischen Linken auf der Seite Teherans im schmutzigen Krieg mit Saddam Husseins Irak. Und natürlich unterstützten Cliff & Co. überschwänglich auch die reaktionären, von der CIA finanzierten afghanischen Mudschaheddin bei deren Krieg gegen die modernisierende PDPA-Regierung und ihre sowjetischen Unterstützer. Harmans Slogan, der die Politik der Cliff-Anhänger zusammenfasst ("Mit den Islamisten manchmal, mit dem Staat niemals"), bedeutet eine Verallgemeinerung der früheren verheerenden Unterstützung der Khomeini-Anhänger gegen den Schah.

Nieder mit der islamischen Reaktion!

Harman äußert weise, dass die Linken dazu neigen, im Hinblick auf den Islamismus symmetrische Fehler zu begehen: sie bezeichnen ihn entweder als reaktionär oder als fortschrittlich und antiimperialistisch. Harman sucht den Mittelweg und schlägt vor, dass die Lehren des politischen Islam ausreichend widersprüchlich sind, so dass ihnen so ziemlich jeder Klasseninhalt gegeben werden kann:

"[Islamisten] wachsen auf dem Boden sehr großer gesellschaftlicher Gruppen, die unter der bestehenden Gesellschaft leiden und deren Gefühl des Aufstandes für fortschrittliche Zwecke benutzt werden kann, wenn eine

Führung aus ansteigenden Arbeiterkämpfen käme. Und selbst ohne solch einen ansteigenden Kampf können viele der Menschen, die von radikalen Versionen des Islamismus angezogen werden, durch Sozialisten beeinflusst werden - vorausgesetzt, dass die Sozialisten die gänzliche politische Unabhängigkeit von allen Formen des Islamismus mit der Bereitschaft verbinden, die Chance zu ergreifen, individuelle Islamisten in wirklich radikale Formen des Kampfes mit einzubeziehen.

"Der radikale [Islamismus] ist voller Widersprüche. Das Kleinbürgertum wird immer in zwei Richtungen gezogen - zum radikalen Aufstand gegen die bestehende Gesellschaft und zum Kompromiss mit ihr. Und so ist der Islamismus immer gefangen zwischen der Rebellion für eine totale Wiedererrichtung der islamischen Gemeinschaft und dem Kompromiss, um islamische 'Reformen' durchzusetzen."

Jede Variante falschen Bewusstseins ist voller Widersprüche. Aber die "radikale Rebellion" der Islamisten ist nicht gegen die unterdrückenden und ausbeuterischen gesellschaftlichen Beziehungen der bestehenden Ordnung gerichtet; vielmehr richtet sie sich gegen alle noch so begrenzten Freiheiten, die die Unterdrückten für sich gewonnen haben. Die radikalen Fundamentalisten sind in keiner Weise ihren gemäßigeren Brüdern vorzuziehen; sie benutzen nur extremere Taktiken bei der Verfolgung derselben antiproletarischen Ziele.

Die islamische Bewegung wurde als Rammbock benutzt, um proletarische Einrichtungen zu zerstören, Streiks zu brechen und die besonders Unterdrückten zu verfolgen. Harman zitiert Algeriens FIS-Führer, Abassi Madani, der erklärt, warum er half, einen Streik der Müllabfuhrarbeiter im März 1991 zu brechen:

"Es gibt Streiks von Gewerkschaften, die zum Terrain für Aktionen von Verderbern wurden, von Feinden Allahs und des Vaterlands, Kommunisten und anderen, die sich überall ausbreiten, weil sich die Kader der FLN zurückgezogen haben."

Harman behandelt den Streikbruch der FIS-Führung jedoch so, als würde er ihrem Streben nach der Staatsmacht irgendwie widersprechen:

"Je mächtiger sie wurde, umso mehr wurde die FIS in Wirklichkeit zwischen Ehrbarkeit und Rebellentum gefangen. Dabei erzählte sie den Massen, sie dürften im März 1991 nicht streiken und riefen zwei Monate später im Mai zum Sturz des Staates auf."

Das ist Harmans Verwirrung, nicht Madanis. Das Rebellentum der FIS, wie das anderer extremer islamistischer Gruppen, ist direkt mit ihrer Feindseligkeit gegen die Arbeiterbewegung verbunden. Die "Massen", an die sich Madani wandte, - verzweifelte Kleinbürger und ins Lumpenproletariat herabgesunkene Jugendliche - schlossen nicht die Arbeiter ein, gegen deren Streiks er war; tatsächlich bestand das ganze Projekt der FIS in der Mobilisierung der "Massen" zur Zerschlagung der Arbeiter. Harmans Argumentation reflektiert denselben "optimistischen" Objektivismus, der die SWP-Führung (und die anderen impressionistischen Linken) dazu brachte, 1978 Khomeinis islamische Revolution zu unterstützen. Die Grundidee ist einfach - jede Mobilisierung gegen den Staat, selbst mit einer erklärtermaßen reaktionären Führung und Absicht, ist zu begrüßen, da sie die

Eigenaktivität der Massen fördert, die schließlich und endlich eine sozialistische Richtung einschlagen werden. Harman gibt zu:

"In Anbetracht seiner Grenzen gibt

es keine automatische Entwicklung des islamischen Reformismus hin zu einer revolutionären Politik. Eher führen die Grenzen des Reformismus entweder zu Terrorismus und Guerrillismus jener Gruppen, die versuchen ohne eine Massenbasis zu agieren, oder sie führen in Richtung eines reaktionären Angriffes auf die Sündenböcke für die Probleme des Systems."

Gleichwohl behauptet er, dass militant werdende "islamische Reformisten" eine positive Rolle spielen können und kritisiert jene Linken, die "es versäumen, die destabilisierende Wirkung der islamischen Bewegungen auf die Interessen des Kapitals im Nahen Osten einzubeziehen". Dabei schlussfolgert er wie folgt:

"Der Islamismus ... mobilisiert die Erbitterung des Volkes, gleichzeitig lähmt er sie; auf der einen Seite baut er bei den Menschen das Gefühl auf, dass etwas getan werden muss, auf der anderen Seite lenkt er eben dieses Gefühl in eine Sackgasse; er destabilisiert den Staat und gleichzeitig begrenzt er den wirklichen Kampf gegen ihn".

Was Harman nicht erklärt (und auch nicht erklären kann) ist, warum Sozialisten Destabilisierung durch reaktionäre, theokratische Bewegungen willkommen heißen sollten. In der *Socialist Review*, Ausgabe Januar 1994, hat die SWP keine Mühe damit, die Hindu-fundamentalistische Bharatiya Janata Partei (BJP), berüchtigt für das Organisieren von Pogromen gegen Indiens muslimische Gemeinschaft, als "beinahe faschistisch" zu bezeichnen. Doch er benutzt andere Kriterien für die im wesentlichen ähnlichen islamischen Fundamentalisten.

Harman argumentiert, dass die Islamisten nicht *per se* als Reaktionäre gesehen werden sollten:

"Das Streben nach der Wiederschaffung einer mythischen Vergangenheit beinhaltet, die bestehende Gesellschaft nicht intakt zu lassen sondern sie neu zu gestalten. Mehr noch, die Neugestaltung kann nicht darauf abzielen, eine Kopie des Islam des 7. Jahrhunderts zu produzieren, da die Islamisten nicht jedes Merkmal der bestehenden Gesellschaft ablehnen. Im Großen und Ganzen akzeptieren sie die moderne Industrie, die moderne Technologie und vieles der Wissenschaft, auf der diese basieren - tatsächlich argumentieren sie, dass der Islam, als eine rationalere und weniger abergläubische Lehre als das Christentum, besser mit der modernen Wissenschaft im Einklang ist. Und so versuchen die 'Anhänger der Erneuerung' tatsächlich etwas zustande zu bringen, das vorher nie existiert hat, das alte Traditionen und die Formen modernen gesellschaftlichen Lebens verschmilzt."

"Das heißt es ist falsch, einfach alle Islamisten als 'Reaktionäre' zu bezeichnen oder den 'islamischen Fundamentalismus' insgesamt mit der Art von christlichem Fundamentalismus gleichzusetzen, der die Bastion des rechten Flügels der Republikanischen Partei in den USA ist."



Studentenproteste im Iran heute

Reaktionäre Appelle an eine Rückkehr traditioneller Werte beschwören unweigerlich ein goldenes Zeitalter, das tatsächlich nie existierte. Pat Robertson und der Rest der christlichen Reaktionäre in der Republikanischen Partei mögen davon träumen, die Uhr 80 oder 100 Jahre zurückzudrehen, aber sie wollen nicht das Amerika wiederschaffen, in dem die radikalen Knights of Labor und die Wobblies auf die Loyalität vieler arbeitenden Menschen zählen konnten. Die christlichen Fundamentalisten - wie ihre muslimischen Gegenstücke - "akzeptieren ...die moderne Industrie, moderne Technologie und vieles der Wissenschaft, auf der sie basieren" und lehnen nur jene Teile der Wissenschaft ab, die im Widerspruch zur heiligen Schrift stehen. Sie sind geradezu begeistert von digitaler Kommunikation, Satellitentechnologie und neuen Raketenlenksystemen.

Es gibt natürlich einen wichtigen Unterschied zwischen dem Charakter der politischen Reaktion in einem abhängigen kapitalistischen Land, wie dem Iran oder Algerien, und einer imperialistischen Supermacht. Doch Harmans Einwand dagegen, die Ideologien des islamischen und christlichen Fundamentalismus "gleichzusetzen", würde nur Sinn machen, wenn er den Islam als irgendwie näher an der Wahrheit betrachtet als das Christentum. Es ist mit Sicherheit keinen Deut vernünftiger zu glauben, Mohammed sei das Siegel des Propheten als dass Jesus das Lamm Gottes sei.

Gegen den Strom schwimmen

Der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus ist eine Antwort auf ein Jahrhundert imperialistischer Herrschaft. Es ist unter anderem der Versuch eines Teils der Menschen der Region, besonders der kleinbürgerlichen Elemente, ihre Identität gegen die wirtschaftlich und kulturell dominanten westlichen Mächte zu behaupten. Ein Großteil der Linken weigert sich jedoch zu lernen - selbst wenn die Lehren in ihrem eigenen Blut geschrieben sind, dass nicht jede Antwort auf Unterdrückung notwendigerweise gesund oder fortschrittlich ist. Obskurantismus, radikale Kleinstaaterei, die Verehrung der rückständigsten Aspekte traditioneller Kulturen und eine Ablehnung gesellschaftlichen Fortschritts, der Wissenschaft und der Aufklärung als "westliche Dekadenz" - dies sind die üblichen reaktionären Nebenprodukte des imperialistischen Zeitalters. Und sie sind nicht weniger reaktionär, weil sie von einer Vielzahl der Opfer des Imperialismus hochgehalten werden. Marxisten müssen den Ursprung solcher Massenpathologien verstehen, ohne sich von ihnen anstecken zu lassen.

Die Unfähigkeit der SWP, die einfache Lehre aus ihrem Opportunismus über die iranische Revolution zu ziehen - dass der islamische Fundamentalismus reaktionär ist - wird vom Vereinigten Sekretariat und den meisten kleineren Gruppen der internationalen "trotskistischen" Linken geteilt. All diese Gruppen schwören auf Trotzki's Opposition gegen die Unterstützung der stalinisierten Komintern für die bürgerlich-nationalistische Kuomintang (KMT) in den 20er Jahren. Doch Tschiang Kai-Tschek, der Führer der chinesischen KMT, gab vor, einen revolutionären Kampf zu führen, um die feudalen Grundbesitzer zu enteignen, demokratische Rechte für arbeitende

Menschen einzuführen und die Frauen aus ihrer Unterdrückung zu befreien. Tatsächlich war Tschiang so "links", dass er die Ehrenmitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale antrat und lauthals die Bolschewistische Revolution lobte. Kurz, er schien weit links von Ajatollah Khomeini und den heutigen Führern der reaktionären islamischen Fundamentalisten zu stehen. Die von Trotzki geführte Linke Opposition warnte jedoch, dass die chinesischen Kommunisten durch die Unterstützung der KMT ihre Köpfe auf die Schlachtbank legten.

Im Gegensatz zur KMT geben die heutigen Islamisten gar nicht vor, Linke zu sein oder die Rechte der Frauen und Unterdrückten voranzutreiben. Sie denken nicht daran, ihre reaktionären Ansichten und Ziele zu verhehlen. Die soziale Basis der islamischen Erneuerung, die die opportunistische Linke so beeindruckt, entsteht letzten Endes aus den wirtschaftlichen Deformationen, die der Imperialismus den neo-kolonialen Ländern aufzwingt. Der einzige Weg, die wirtschaftlichen Fundamente für die soziale Befreiung der Massen der muslimischen Welt zu legen, ist der revolutionäre Sieg der Arbeiterklasse, die an der Spitze aller Unterdrückten und Ausgebeuteten antritt, alle Imperialisten und ihre lokalen Verbündeten zu enteignen. Eine Partei zu schmieden, die in der Lage ist, solch eine Revolution zu führen, erfordert eine unversöhnliche Opposition gegen die religiöse Reaktion.

1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to base one's program on the logic of the class struggle; to be bold when the hour of action arrives—these are the rules of the Fourth International"

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

No. 17

1996



Class War—Not Holy War!

Islam, Empire & Revolution

**WELCOME TO THE HOMEPAGE OF THE
INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY**

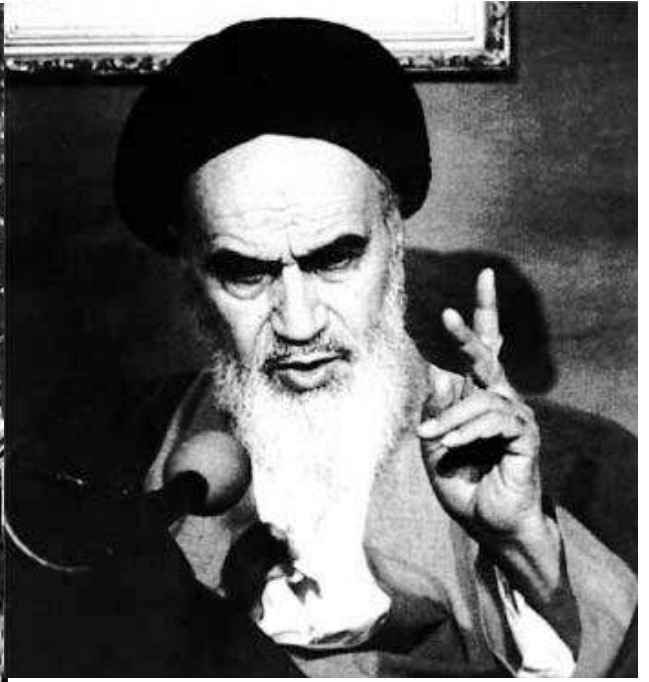
BOLSCHEWIK, 1917 und andere IBT-
Literatur findest Du online unter:
www.bolschewik.org

BOLSCHEWIK 4

Internationale Bolschewistische Tendenz (Gruppe Spartakus)

Klassenkrieg statt Heiligem Krieg

Islam, Imperium & Revolution



Iran 1979, Trotzlisten warnten: Weder Schah noch Ajatollah - Für Arbeitermacht!

Neuerdings ist der Islamismus auch (wieder) ein Thema in der deutschen Linken - wie u.a. die Resonanz auf das Buch "Djihad und Judenhass" von Matthias Küntzel zeigt.

Im folgenden drucken wir daher die Übersetzung eines Artikels über den politischen Islam ab. Das erste mal wurde er 1996 in der Ausgabe Nr. 17 von 1917, dem englischsprachigen Organ der Internationalen Bolschewistischen Tendenz (IBT), veröffentlicht. Er bietet eine umfassende Analyse des islamischen Fundamentalismus und dokumentiert darüber hinaus, dass die IBT in einer politischen Tradition steht, die im Unterschied zum Rest der Linken bereits beim ersten Durchbruch des Islamismus, 1979 im Iran, eine klare und unmissverständliche Position

und Perspektive hatte: Die sogenannte Islamische Revolution war reaktionär - weder Schah noch Khomeini sondern Arbeitermacht!

Im *BOLSCHEWIK* Nr. 17 haben wir aufbauend auf dem Artikel aus 1917 diese Analyse in dem Text "Arbeitermacht statt Gottesstaat: Allah, Afghanistan & Antiimperialismus" (www.bolshevik.org/deutsch/17/bol17-1.html) weiter aktualisiert und gegen die politische Annäherung sogenannter Antiimps an die Islamisten polemisiert. Schon vor Küntzel haben wir dabei auch eine ausführliche Kritik des Programms von Hamas veröffentlicht.

Fortsetzung Seite 20